

FARBE BEKENNEN.

SAGEN, WAS WIR WOLLEN.

TUN, WAS WIR SAGEN.

SACHSEN-
ANHALT

SPD



**16. LANDESPARTEITAG
DER SPD SACHSEN-ANHALT**

**24.-25. Januar 2020
in Aschersleben**

ANTRAGSBUCH

TEIL 2

Inhaltsverzeichnis

E Innen, Außen- und Rechtspolitik **1**

E1	Kreisverband Saalekreis	
E1 Kostenfreie Rechtsberatung für Vereine in den Kommunen		
<i>Überweisen an: AsJ</i>		1
E2	AG 60plus Sachsen-Anhalt	
E2 Notwendige Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt		
<i>Überweisen an: FA Innen und Kommunales</i>		2
E3	Kreisverband Saalekreis	
E3 Änderung des § 56 Abs. 5 KVG		
<i>Annahme</i>		4
E4	Stadtverband Magdeburg	
E4 AfD durch den Verfassungsschutz beobachten lassen		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		5
E5	Jusos Sachsen-Anhalt	
E5 Befreiung der Pumpspeicherkraftwerke von Netzentgelten		
<i>Überweisen an: FA Energie und Klima</i>		6
E6	Jusos Sachsen-Anhalt	
E6 Verbot von Filterblasen in sozialen Netzwerken		
<i>Überweisen an: FA Medien</i>		7
E7	Jusos Sachsen-Anhalt	
E7 Schutz vor Diskriminierung ist Grundrecht		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		8
E8	Jusos Sachsen-Anhalt	
E8 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)		
<i>Annahme</i>		9
E9	Jusos Sachsen-Anhalt	
E9 Kriminalstatistik zu frauenfeindlichen Straftaten		
<i>Annahme</i>		11

E10	Jusos Sachsen-Anhalt	
E10 Vereinsförderung		
<i>Ablehnung</i>		12
E11	Jusos Sachsen-Anhalt	
E11 Keine ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		13
E12	Jusos Sachsen-Anhalt	
E12 Kommunale Gründungsförderung stärken		
<i>Überweisen an: FA Innen und Kommunales, FA Wirtschaft</i>		15
E13	Jusos Sachsen-Anhalt	
E13 Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt schützen und Zugänge für die Öffentlichkeit erschließen		
<i>Annahme</i>		16
E14	Jusos Sachsen-Anhalt	
E14 Scheidung für alle!		
<i>Ablehnung</i>		17
E15	ASF & Jusos Sachsen-Anhalt	
E15 Weg mit Paragraph 219a		
<i>Annahme</i>		18
E16	Jusos Sachsen-Anhalt und AG SPDqueer Sachsen-Anhalt	
E16 Mutterschaft für lesbische Paare		
<i>Annahme</i>		20
E17	Jusos Sachsen-Anhalt	
E17 Alternative Lebensgemeinschaften anerkennen! – Für einen zivilen Solidaritätspakt		
<i>Überweisen an: AG SPDqueer, AsF, AsJ</i>		22
E18	Jusos Sachsen-Anhalt	
E18 8. März zum gesetzlichen Feiertag machen		
<i>Ablehnung</i>		22

E19	Jusos Sachsen-Anhalt	
E19 Eingeschränkte Begleitung von Großeinsätzen auf Social Media durch die Landespolizei		
<i>Überweisen an: FA Medien</i>		23
E20	Jusos Sachsen-Anhalt	
E20 Bundesweite Legalisierung für das „Containern“		
<i>Erledigt durch Annahme von D11</i>		23
E21	Jusos Sachsen-Anhalt	
E21 Verkaufsverbot von Heimtieren in Baumärkten und Zoofachgeschäften		
<i>Überweisen an: FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt</i>		24
E22	Jusos Sachsen-Anhalt	
E22 Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Heimtiere		
<i>Überweisen an: FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt</i>		24
E23	Jusos Sachsen-Anhalt	
E23 Exit Deutschland muss erhalten werden		
<i>Erledigt durch Beschluss des Bundesparteitages</i>		24
E24	Jusos Sachsen-Anhalt	
E24 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen		
<i>Ablehnung</i>		25
E25	Stadtverband Magdeburg	
E25 Anerkennung von eSport als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung		
<i>Annahme</i>		25
E26	Jusos Sachsen-Anhalt	
E26 Kommunen endlich entlasten! KdU aus Bundesgeldern bezahlen!		
<i>Ohne Votum</i>		26
E27	Jusos Sachsen-Anhalt	
E27 Erhöhung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Minderjährigen		
<i>Annahme</i>		26
E28	Jusos Sachsen-Anhalt	
E28 G20 Straftäter verfolgen und verurteilen, Polizeigewalt nicht unter den Tisch fallen lassen!		
<i>Ablehnung</i>		27

E29	ASF Sachsen-Anhalt	
E29 Ausmaße Digitaler Gewalt erkennen und handeln!		
<i>Annahme</i>		27
E30	ASF Sachsen-Anhalt	
E30 Freier Zugang zu Beratung - Einrichtung von Schutzzonen vor Schwangerenberatungsstellen		
<i>Überweisen an: AsJ</i>		29
E31	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
E31 Sicherung der Betreuung für Kinder mit geistiger Behinderung über deren 14. Lebensjahr hinaus		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		30
E32	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
E32 Langfristige Unterstützung und Sicherung des barrierefreien Sachsen-Anhalts		
<i>Annahme</i>		31
E33	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
E33 Das Inklusionsbüro für Sachsen-Anhalt endlich ins Leben rufen!		
<i>Überweisen an: AG Selbst Aktiv</i>		32
E34	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
E34 Umfassender Inklusionsbegriff im Sport		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		33
E35	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
E35 Bundesteilhabegesetz in Kooperation mit Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln		
<i>Erledigt durch Beschluss des Landesteilhabegesetzes</i>		35
E36	Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt	
E36 Abschaffung der steuerlichen Privilegierung von Betriebsvermögen im deutschen Erbschaftsteuerrecht		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		36
E37	Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt	
E37 Einführung einer Finanzstransaktionssteuer		
<i>Erledigt durch Beschluss des Bundesparteitages</i>		38

E38	Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt	
E38 Abschaffung der „Kalten Progression“ im Einkommensteuerrecht		
<i>Annahme</i>		40
E39	Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt	
E39 Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Geschäften mit Immobilien, Kunstgegenständen und Luxusgütern		
<i>Annahme</i>		41

L Landtagswahl 2021 **43**

L1	Landesvorstand	
L1 Zwischenstand: Was wir erreicht haben, wo wir hin wollen		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		44
126 AsJ Sachsen-Anhalt	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	51
171 ASG Sachsen-Anhalt		52
244 AG Migration und Vielfalt	<i>Annahme</i>	53
252 Stadtverband Halle		53
254 Ortsverein Zeitz	<i>Ablehnung</i>	53

O Organisationspolitik **54**

O1	Jusos Sachsen-Anhalt	
O1 Für eine dritte Geschlechteroption in offiziellen SPD-Dokumenten		
<i>Erledigt durch Beschluss des a.o. Landesparteitages 2019</i>		55
O2	Jusos Sachsen-Anhalt	
O2 Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung und demokratischer Widerstand gegen Unterstützer*innen dieser Bewegung und ihre Aktionen		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		56
O3	Jusos Sachsen-Anhalt	
O3 Verbot von Parteispenden aus der Rüstungsindustrie		
<i>Annahme</i>		57
O4	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
O4 Barrierefreie Kommunikation auch parteiintern		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>		58

O5	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
O5 Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der AG Selbst Aktiv gehören bei Wahlkämpfen in die Wahlkampfteams		
<i>Ablehnung</i>		59
O6	AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt	
O6 Auf Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD hinzuwirken		
<i>Annahme</i>		60
O7	Kreisverband Stendal	
O7 Signal statt WhatsApp		
<i>Überweisen an: Landesvorstand</i>		61
O8	Ortsverein Magdeburg-Nord	
O8 Europa als ein Schwerpunkt des Landesvorstandes		
<i>Annahme</i>		63

S Satzungsänderung **64**

S1	Jusos Sachsen-Anhalt	
S1 Reform der Antragskommission		
<i>Überweisen an: Landesvorstand</i>		65
S2	Landesvorstand	
S2 Antragsrecht für Landesfachausschüsse		
<i>Annahme</i>		65

E Innen, Außen- und Rechtspolitik

Antrag E1

Kreisverband Saalekreis

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AsJ

Kostenfreie Rechtsberatung für Vereine in den Kommunen

1 Die SPD Sachsen-Anhalt soll sich für die
2 Einführung einer kostenfreien Rechtsbera-
3 tung für nicht-wirtschaftliche lokal agie-
4 rende Vereine in Kommunen stark machen.

5

6 **Begründung**

7 Die verschiedenen Vereine in den Kommu-
8 nen von Sachsen-Anhalt sind das Herz des
9 ehrenamtlichen Engagements vieler Bür-
10 ger unseres Bundeslandes.

11 Sie übernehmen eine wichtige Rolle zur
12 Gestaltung der Freizeit, sozialisieren vie-
13 le Menschen in unsere Gesellschaft, sind
14 der erste Berührungspunkt mit demokra-
15 tischen Strukturen und bereichern die Ge-
16 sellschaft insgesamt durch ihre vielseitigen
17 sozialen Beiträge.

18 Deshalb finden wir es wichtig, den Verei-
19 nen in Rechtsfragen zu helfen, denn gera-
20 de hier stoßen viele Ehrenamtliche an ih-
21 re Grenzen und haben Probleme, geltendes
22 Recht durchzusetzen.

23 Da aber eine verlässliche Rechtsberatung
24 Geld kostet und viele Vereine nur begrenz-
25 te Mittel haben, wäre die (Teil-) Übernahme
26 der Kosten ein gutes Mittel, um das Ehren-
27 amt im Verein nachhaltig zu stärken.

28 Eine verlässliche Rechtsberatung kann ent-
29 weder durch einen in den Kommunen an-
30 gestellten Fachjuristen oder durch eine
31 (teilweise) Kostenübernahme der Rechts-
32 beratung durch die Kommunen erfolgen.

Antrag E2

AG 60plus Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion, Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA Innen und Kommunales

Notwendige Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt

1 Der SPD-Landesvorstand und die Landtags-
2 fraktion werden aufgefordert, für die zu-
3 künftigen Kommunalwahlen in Sachsen-
4 Anhalt auf eine Änderung bei der Berech-
5 nung für die Sitzverteilung in den kommu-
6 nalen Gremien hinzuwirken. Dabei ist das
7 zu erheblichen Verfälschungen der Stim-
8 menergebnisse führende Berechnungsver-
9 fahren nach Hare-Niemeyer abzuschaffen
10 und durch ein allein von mathematischen
11 Prinzipien her bestimmtes System wie das
12 Berechnungsverfahren nach D'Hondt zu er-
13 setzen.

14

15 Begründung

16 Das Berechnungsverfahren Hare-Niemeyer
17 wurde in den Siebziger Jahren in Nieder-
18 sachsen eingeführt. Die FDP hat es damals
19 zur Bedingung für die schwarz-gelbe Ko-
20 alition mit der CDU im Land Niedersach-
21 sen gemacht, da es tendenziell kleinere Par-
22 teien begünstigen kann. Dieses Verfahren
23 wurde 1990 ungeprüft vom Land Sachsen-
24 Anhalt übernommen, obwohl es insbeson-
25 dere bei knappen Ergebnissen erhebliche
26 Ungerechtigkeiten bei der Sitzverteilung
27 mit sich bringen kann.

28 Als aktuelles Beispiel sei auf das besonders
29 krasse Ergebnis bei der Gemeinderatswahl
30 vom 26. Mai 2019 in Sommersdorf, Land-
31 kreis Börde, verwiesen. Dort kandidierten
32 Listen der SPD und der örtlichen Wählerge-

33 meinschaft BfBD. Das vorläufige amtliche
34 Endergebnis wies m Wahlabend ein extrem
35 knappes Stimmenverhältnis von 955:952 zu
36 Gunsten der Wählergemeinschaft auf, was
37 einen Unterschied von lediglich drei Stim-
38 men eines einzigen Stimmzettels bedeute-
39 te. Demgemäß würde eine Sitzverteilung
40 von 6 : 6 an die Landeswahlleitung gemel-
41 det und von dort zunächst übernommen
42 und so ins Internet gestellt.

43 Erst nach mehreren Tagen musste dieses Er-
44 gebnis in 7 : 5 zu Ungunsten der SPD geän-
45 dert werden, da das Berechnungsverfahren
46 Hare-Niemeyer dies verlangt. Ein hauch-
47 dünner Vorsprung von gerade 0,1 Prozent
48 wird auf diese Weise mit einem Plus von
49 zwei Sitzen belohnt. Diese wären rein rech-
50 nerisch erst bei einem Vorsprung von 17
51 Prozent korrekt. Und bei 955: 922 Stimmen
52 müsste der Gemeinderat nicht 12, sondern
53 635 Sitze zu vergeben haben, damit zwei
54 Sitze Differenz auf reguläre Weise zustande
55 kommen können.

56 Aus diesem besonders krassen Beispiel
57 wird ersichtlich, dass die kritischen Stim-
58 men auf der SPD-Seite seinerzeit in Nie-
59 dersachsen durchaus ihr Recht hatten, die
60 das System Hare-Niemeyer als „gesetzlich
61 sanktionierten Wahlbetrug“ einstuften. Es
62 wäre unbedingt sinnvoll, wenn die SPD
63 in Sachsen-Anhalt sich für die Rückkehr
64 zu einem mathematisch sauberen Berech-
65 nungsverfahren einsetzte.

Antrag E3

Kreisverband Saalekreis

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Änderung des § 56 Abs. 5 KVG

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass im § 56 Ab-
2 satz 5 des Kommunalverfassungs- gesetzes
3 des Landes Sachsen-Anhalt folgender Satz
4 angefügt wird:

5 Es ist ein zweiter Wahlgang nach den Sät-
6 zen 1-2 möglich, wenn im ersten Wahlgang
7 nicht alle Stellen besetzt werden konnten.

8

9 **Begründung**

10 Zurzeit ist nach § 56 Abs. 5 möglich, dass
11 für mehrere zu besetzenden Stellen, w. z. B.
12 bei der Wahl von Mitgliedern des Jugend-
13 hilfeausschusses, auf einem Wahlzettel alle
14 Kandidat*innen versammelt sind und man
15 so viele Stimmen wie zu besetzende Stel-
16 len hat. Besagter Absatz berücksichtigt der-
17 zeit aber nicht die Möglichkeit, dass nicht
18 genügend Kandidat*innen die erforderliche
19 Mehrheit der stimmberechtigten Mitglie-
20 der erhalten. Anstatt einfach einen zwei-
21 ten Wahlgang mit allen Kandidat*innen,
22 die nicht die erforderliche Mehrheit erhal-
23 ten haben, durchzuführen, muss nach aktu-
24 eller Rechtslage jede einzelne nicht besetz-
25 te Stelle entsprechend § 56 Abs. 4 in einer
26 Einzelwahl abgestimmt werden.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Antrag E4
Stadtverband Magdeburg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in geänderter Fassung

AfD durch den Verfassungsschutz beobachten lassen

1 Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt
2 wird aufgefordert, die AfD durch den Ver-
3 fassungsschutz beobachten zu lassen.

4

5 **Begründung**

6 Die AfD arbeitet seit ihrer Gründung mit
7 rechtsextremen Strukturen wie dem „Insti-
8 tut für Staatspolitik“ (in Schnellroda) der
9 Identitären Bewegung und später auch PE-
10 GIDA und seinen Ablegern zusammen und
11 duldet, bzw. fördert in ihren Reihen Perso-
12 nen, die bereits vorher lange Karrieren in
13 rechtsextremen Strukturen hatten. Selbst
14 der Innenminister des Landes Holger Stahl-
15 knecht hat im September 2018 bezüglich
16 der rechten Aufmärsche in Köthen gegen-
17 über der MZ festgestellt, dass die AfD sich
18 nicht erkennbar von rechtsextremen De-
19 monstranten abgegrenzt.

20 Der Verfassungsschutz betrachtet die AfD
21 bisher (Stand 2017) als „normale“ Partei,
22 welche nur von Angehörigen der linksex-
23 tremen Szene als rechtsextrem bezeichnet
24 wird.

25 *„Auch die Partei „Alternative für Deutsch-*
26 *land“ (AfD) wird von Linksextremisten in*
27 *den Bereich des politisch rechten Parteien-*
28 *spektrums gerückt und zählt somit ebenfalls*
29 *zum politischen Gegner.“ (S.87 Verfassungs-*
30 *schutzbericht LSA 2017)*

31 Es ist klare Position der SPD, dass die AfD
32 nicht erst in das „rechte Parteienspektrum
33 gerückt“ werden muss. Die AfD ist eine
34 rechtsextreme Partei. Als solche ist die AfD

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt
wird aufgefordert, die **Beobachtung**
der AfD durch den Verfassungsschutz
beobachten **erneut prüfen** zu lassen.

35 der politische Gegner aller Demokratinnen
36 und Demokraten und es ist die Aufgabe des
37 Verfassungsschutzes die Feinde der Demo-
38 kratie zu beobachten.

Antrag E5

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA Energie und Klima

Befreiung der Pumpspeicherkraftwerke von Netzentgelten

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich da-
2 für einsetzen, dass es zu einer Befreiung
3 der Pumpspeicherkraftwerke von Netzent-
4 gelten kommt, damit diese als Übergangs-
5 lösung zur Stromspeicherung und somit
6 zur Sicherung der Stromversorgung erhal-
7 ten bleiben.

8

9 Begründung

10 Pumpspeicherkraftwerke sind immer noch
11 die einfachste und kostengünstigste Vari-
12 ante um Strom zu speichern. Deshalb sind
13 sie gerade im Hinblick auf die Energiewen-
14 de ein unverzichtbarer Baustein.

15 Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt,
16 den Großteil des Stromes aus Sonnen- und
17 Windenergie zu gewinnen. Folglich muss
18 auch bei Tagen ohne Wind und Sonnen-
19 schein die Versorgungssicherheit gewähr-
20 leistet werden.

21 Dabei sind Pumpspeicherkraftwerke so-
22 wohl eine sauberere Alternative zur Re-
23 serve aus fossilen Brennstoffen wie Kohle-
24 kraftwerken als auch zu anderen Speicher-
25 technologien, welche noch nicht die aus-
26 reichende Speicherleistung haben und de-

27 ren Rohstoffe teilweise unter menschenun-
28 würdigen Bedingungen gefördert werden.
29 Deshalb plädieren wir Jusos dafür, die
30 Pumpspeicherkraftwerke vom Netzentgelt
31 zu befreien, welche beim Anfüllen durch
32 Vollpumpen des Oberbeckens anfallen, um
33 ihre Wirtschaftlichkeit zu sichern und um
34 einen Anreiz zu schaffen, damit weite-
35 re Pumpspeicherkraftwerke gebaut werden
36 können. Auch halten wir es für ungerecht,
37 dass die Pumpspeicherkraftwerke, welche
38 überschüssigen Strom aufnehmen, diese
39 wichtige Dienstleistung für die Allgemein-
40 heit noch bezahlen müssen.

Antrag E6

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

Verbot von Filterblasen in sozialen Netzwerken

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich da-
2 für einsetzen, dass die Filterblasen, wel-
3 che von sozialen Netzwerken zur gezielten
4 individuellen Werbung von Produkten ge-
5 nutzt werden, in der aktuellen Form verbo-
6 ten und durch eine Alternative ersetzt wer-
7 den, die dem Nutzer garantieren, dass er ei-
8 nen freien und ausgewogenen Zugriff auf
9 Informationen erhält.

10

Begründung

12 In den letzten Monaten fielen die gro-
13 ßen Sozialen Netzwerke, wie Facebook
14 oder Youtube, immer wieder mit negativen
15 Schlagzeilen auf, z. B. „Cambridge Analyti-
16 ca“, die Ausnutzung von Werbealgorithmen

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA Medien

17 durch Rechtsextreme oder die Entstehung
18 von digitalen Scheinöffentlichkeiten durch
19 Fake-Profilen und Bots.

20 All diese Fälle hängen direkt mit den
21 Filterblasen-Algorithmen zusammen,
22 die diese sozialen Netzwerke benutzen,
23 um gezielt Werbung zu machen. Diese
24 Algorithmen stellen folglich in der aktu-
25 ellen Form ein zu großes Risiko für die
26 objektive Informationsbeschaffung dar
27 und gefährden zudem die eigene Privat-
28 sphäre durch umfassende Speicherung des
29 Nutzerprofils.

30 Deshalb fordern wir ein Verbot der aktu-
31 ellen Algorithmen, welche höchstens noch
32 für eine befristete Übergangszeit genutzt
33 werden dürfen, bis neue und ausnutzungs-
34 sicherere Alternativen zu den aktuellen Al-
35 gorithmen existieren.

36 Neue Algorithmen dürfen nur zugelassen
37 werden, wenn sie den höchsten Standards
38 zur Sicherung der Privatsphäre und dem
39 Schutz des autonomen Denkens entspre-
40 chen. Diese Standards können beispiels-
41 weise auf Grund von wissenschaftlichen
42 Fakten durch eine einzusetzende Kommis-
43 sion ermittelt und durch neue Gesetze und
44 Gesetzesänderungen bindend werden.

Antrag E7**Jusos Sachsen-Anhalt****Weiterleitung an: Bundesparteitag, Parteivor-
stand****Schutz vor Diskriminierung ist Grundrecht****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in geänderter Fassung**

1 Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes.
2
3

4

5 **Begründung**

6 Die Aufnahme des Punktes sexueller Orientierung in den Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ist von wichtiger Bedeutung für eine effektive rechtliche Gleichstellung von
7
8
9
10
11
12
13
14
15
homosexuellen Menschen in Deutschland. Des Weiteren sorgt die Aufnahme dafür, dass die Fortschritte auch bei wechselnden Mehrheiten und dem fortschreitenden „Roll Back“ in der Gesellschaft deutlich schwerer umzukehren sind.

Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich weiterhin für die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes einzusetzen.

Antrag E8

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

1 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf,
2 sich für ein Landesantidiskriminierungsge-
3 setz einzusetzen. Hierbei sollen die Re-
4 gelungen des Allgemeinen Gleichbehand-
5 lungsgesetzes (AGG) auf die öffentliche
6 Verwaltung mit entsprechenden landes-
7 rechtlichen Ergänzungen übertragen wer-
8 den. Besondere rechtliche Beachtung müs-
9 sen die Bereiche der Bildung, Gesundheit,
10 des Vergaberechts, des Sozialen und der in-
11 neren Sicherheit erfahren.

12

13 **Begründung**

14 Seit dem Inkrafttreten des Allgemeinen
15 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Jah-

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme**

16 re 2006 wurde ein wichtiger rechtlicher
17 Meilenstein gegen jegliche Form von Dis-
18 kriminierung gelegt. Trotz Evaluierungen
19 und Nachbesserungen stößt das AGG ins-
20 besondere in den landesrechtlich geregelt-
21 ten Bereichen an seine Grenzen. So er-
22 fasst das AGG nicht ausreichend die Berei-
23 che der Bildung, Gesundheit, des Vergabe-
24 rechts, des Sozialen und der inneren Sicher-
25 heit. Somit entsteht eine Lücke im staat-
26 lichen Handeln, welche die Bereiche des
27 öffentlich-rechtlichen Lebens ausschließt.
28 Nur ein Landesantidiskriminierungsgesetz
29 (LADG) kann die Akteur*innen in diesen Be-
30 reichen mit den rechtlichen Rahmenbedin-
31 gungen ausstatten und stärken.

32 Einen ersten richtigen Schritt stellen be-
33 reits das Frauenförderungsgesetz und
34 das Behindertengleichstellungsgesetz für
35 Sachsen-Anhalt dar. Dennoch bedarf es
36 weiterer rechtlich bindender Mechanis-
37 men, um die Anti-Diskriminierungsarbeit
38 im Bundesland zu verbessern und die
39 Benachteiligung aus Gründen der Rasse,
40 der ethnischen Herkunft, des Geschlechts,
41 der Religion oder Weltanschauung, einer
42 Behinderung, des Alters oder der sexuellen
43 Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

44 Als Vorbild für die Umsetzung eines Lan-
45 desantidiskriminierungsgesetzes können
46 die inhaltlichen Entwürfe aus dem Ber-
47 liner Abgeordnetenhaus herangezogen
48 werden. Ebenso ist erwähnenswert, dass
49 die Berliner SPD sich in den Koalitions-
50 vereinbarungen (2016) auf die Einführung
51 eines Landesantidiskriminierungsgeset-
52 zes (LADG) geeinigt hat. Des Weiteren
53 werden ähnliche Gesetzesentwürfe in
54 Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen,

55 Baden-Württemberg oder Schleswig-
56 Holstein bereits geprüft und diskutiert.

Antrag E9

Jusos Sachsen-Anhalt

**Weiterleitung an: Landtagsfraktion, Bundes-
parteitag**

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Kriminalstatistik zu frauenfeindlichen Straftaten

1 Wir fordern, dass die Unterkategorie "Miso-
2 gynie/Frauenfeindlichkeit" in die Polizeili-
3 che Kriminalstatistik für politisch motivier-
4 te Straftaten aufgenommen wird und dass
5 frauenfeindliche Straftaten konsequenter
6 als solche geahndet und präventive Maß-
7 nahmen gegen frauenfeindliche Kriminali-
8 tät ergriffen werden. Dieser Zusatz ist ins-
9 besondere deshalb wichtig, da eine Zunah-
10 me von Cybermobbing gegenüber Frauen,
11 die im Internet aktiv sind, zu verzeichnen
12 ist.

13 Wir fordern, dass veranlasst wird, dass in
14 jedem Bundesland für die polizeilichen Kri-
15 minalstatistiken im Bereich der Straftaten
16 gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder
17 im Bereich der Körperverletzung die Kate-
18 gorie „Genitalverstümmelung“ aufgenom-
19 men wird.

20

21 Begründung

22 Aus der polizeilichen Kriminalstatistik geht
23 hervor, dass die Opfer von Gewalttaten ge-
24 gen die sexuelle Selbstbestimmung zu über
25 90 Prozent Frauen und Kinder sind. Die Sta-
26 tistik belegt damit eindeutig, dass Frau-
27 en weiterhin maßgeblich von sexualisier-

28 ter Gewalt betroffen sind. Darüber hinaus
29 bleibt Gewalt, beispielsweise im Internet
30 oder Genitalverstümmelung, gegen Frauen
31 unsichtbar. Dagegen gibt es bereits Kriteri-
32 en wie sexuelle Orientierung, Religion und
33 Hautfarbe der Opfer in der Kriminalstatis-
34 tik. Frauenfeindliche Straftaten, die sich ex-
35 plizit gegen das Geschlecht des Opfers rich-
36 ten, werden dagegen noch nicht erfasst.

Antrag E10

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag

Vereinsförderung

1 Die Landesparteitag möge beschließen, ei-
2 ne Gesetzesinitiative zu ergreifen, um ein
3 Vereinsförderungsgesetz durch den Bun-
4 destag beschließen zu lassen. Wir fordern
5 deshalb, einen Sockelbetrag von 300 Euro
6 für Vereine mit mehr als 100 Mitgliedern
7 und 200 Euro für Vereine mit bis zu 100 Mit-
8 gliedern. Dieser Sockelbetrag soll nur für
9 Vereine mit mehr als 10 Mitgliedern greifen.
10 Unter anderem soll dieser Sockelbetrag nur
11 für Vereine gelten, welche mindestens ein-
12 mal im Jahr nachweislich an einem öffent-
13 lichen Event, einer öffentlichen Messe oder
14 einer öffentlichen Ausstellung teilnehmen,
15 dazu zählen auch selbst organisierte Veran-
16 staltungen. Wir halten diesen Kompromiss
17 für angebracht, da wir darin eine deutliche
18 Förderung der Kultur sehen.

19

Begründung

21 Die Vereinsförderung ist eine wichtige

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

22 Maßnahme, um die kulturelle Entwick-
 23 lung der Länder und Kommunen voran
 24 zu bringen, darum sollte Kultur keine
 25 freiwillige Aufgabe sein sondern eine
 26 Selbstverständlichkeit.

27 Vereine haben es nicht leicht, gerade im
 28 ländlichen Raum ist es schwierig einen Ver-
 29 ein zu gründen und diesen auch am Leben
 30 zu halten. Unter anderem steht es außer
 31 Frage, dass die Vereine ein Herzstück, un-
 32 serer Gesellschaft sind und durch die finan-
 33 zielle Unterstützung der Vereine kann man
 34 den demografischen Wandel entscheidend
 35 beeinflussen. Alle reden davon dass, das Eh-
 36 renamt gefördert werden muss, aber die
 37 Kommunen, welche sich in der Haushalts-
 38 konsolidierung befinden, dürfen freiwilli-
 39 ge Aufgaben zu denen die Vereinsförde-
 40 rung gehört, nicht durchführen. Dies führt
 41 zur Ungleichbehandlung der Vereine, da es
 42 "reiche und arme" Kommunen gibt.

43 Hier soll der Bund ausgleichend eingreifen
 44 und durch eine gesetzliche Regelung eine
 45 Mindestförderung für Vereine Bundesweit
 46 finanzieren.

Antrag E11

Jusos Sachsen-Anhalt

Keine ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt

1 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich ge-
 2 gen ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt ein.
 3 Auch wenn dies Bestandteil des mehrheit-
 4 lich beschlossenen Koalitionsvertrags ist,
 5 so ist Sachsen-Anhalt keineswegs verpflich-
 6 tet dabei mitzumachen.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich
 gegen ANKER-Zentren in
 Sachsen-Anhalt ein. Auch wenn
 dies Bestandteil des mehrheitlich
 beschlossenen Koalitionsvertrags ist, so ist
 Sachsen-Anhalt keineswegs verpflichtet

7 Diese Art der Unterbringung widerspricht
8 sozialdemokratischer Menschenrechtspoli-
9 tik aus unter anderem folgenden Gründen:

- 10 • Die Unterbringung in Zentren mit
11 vielen hundert Menschen wird von
12 allen Menschenrechtsorganisationen
13 abgelehnt und sorgt nachweislich
14 zu einem erhöhten Konfliktpotenzial
15 unter den Bewohner*innen.
- 16 • Die Schulpflicht für Kinder und Ju-
17 gendliche wird auf Dauer des Aufent-
18 halts in den ANKER-Zentren ausge-
19 setzt und dies widerspricht eindeutig
20 der UN-Kinderrechtskonvention
- 21 • Die Art der Unterbringung steht
22 im Widerspruch zum besonderen
23 Schutzbedarf von unbegleite-
24 ten minderjährigen Geflüchteten,
25 Frauen, LGBTIQ-Geflüchteten und
26 weiteren Menschengruppen.
- 27 • Die letzte Aufenthaltsdauer
28 in den ANKER-Zentren ist nicht
29 kalkulierbar, da für eine mögliche Ab-
30 schiebung die Herkunftsländer mit
31 der Bundesregierung kooperieren
32 müssen und zudem eine menschen-
33 gerechte Situation im Herkunftsland
34 gewährleistet sein muss.

35 Die SPD Sachsen-Anhalt muss sich da-
36 her vehement gegen die Einrichtung von
37 Anker-Zentren einsetzen.

38
39
40
41
42

dabei—mitzumachen. **Nach geltender
Rechtslage ist das Land Sachsen-Anhalt
nicht verpflichtet das umzusetzen.**

Begründung:

Diese Art der Unterbringung widerspricht sozialdemokratischer Menschenrechtspoli- tik aus unter anderem folgenden Gründen:

- Die Unterbringung in Zentren mit vielen hundert Menschen wird von allen Menschenrechtsorganisationen abgelehnt und sorgt nachweislich zu einem erhöhten Konfliktpotenzial unter den Bewohner*innen.
- Die Schulpflicht für Kinder und Ju- gendliche wird auf Dauer des Aufent- halts in den ANKER-Zentren ausge- setzt und dies widerspricht eindeutig der UN-Kinderrechtskonvention.
- Die Art der Unterbringung steht im Widerspruch zum besonderen Schutzbedarf von unbegleite- ten minderjährigen Geflüchteten, Frauen, LGBTIQ-Geflüchteten und weiteren Menschengruppen.
- Die letzte Aufenthaltsdauer in den ANKER-Zentren ist nicht kalkulierbar, da für eine mögliche Ab- schiebung die Herkunftsländer mit der Bundesregierung kooperieren müssen und zudem eine menschen- gerechte Situation im Herkunftsland gewährleistet sein muss.

Die SPD Sachsen-Anhalt muss sich da- her vehement gegen die Einrichtung von Anker-Zentren einsetzen.

Antrag E12

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA Innen und Kommunales, FA Wirtschaft

Kommunale Gründungsförderung stärken

1 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich da-
2 für ein, dass die kommunalen Strukturen
3 zur Gründungsförderung verbessert wer-
4 den. Das schwache Wirtschaftswachstum
5 Sachsen-Anhalts ist ein Hemmnis für die
6 bedarfsgerechte Ausfinanzierung der öf-
7 fentlichen Hand und soll daher mit mehr
8 Gründungen bekämpft werden.

9 Hierfür soll das Land in den Kommunen
10 personelle Strukturen schaffen, die die vor-
11 handenen wirtschaftlichen, wissenschaft-
12 lichen und kulturellen Ressourcen zusam-
13 menbringen und damit das „Gründungskli-
14 ma“ verbessern.

15 Um Doppelstrukturen und unsinnigen
16 Aktionismus zu vermeiden, soll das Land
17 gemeinsam mit den betroffenen Ak-
18 teur*innen Richtlinien für kommunale
19 Gründungsförderung erarbeiten, die als
20 Raster landesweit auf alle Kommunen
21 angewendet werden können. So soll für
22 jede Kommune der individuelle Bedarf
23 ermittelt werden, um in ganz Sachsen-
24 Anhalt gleichwertige Gründungsförderung
25 zu ermöglichen.

26

27 **Begründung**

28 Sachsen-Anhalt ist immer wieder Schluss-
29 licht beim Wirtschaftswachstum. Grün-
30 dungen sind dabei ein wichtiges Instru-
31 ment, um diese desolate Lage zu verändern.
32 Dabei darf das Land die Kommunen nicht
33 sich selbst überlassen, sondern muss

34 Verantwortung übernehmen.
35 Leuchttürme für Gründungen, wie Mag-
36 deburg und Halle kommen weitestgehend
37 ohne Unterstützung aus, aber dafür wird
38 das Potential im ländlichen Raum nicht ge-
39 nutzt.
40 Kommunale Wirtschaftsförderung hat ei-
41 nen traditionellen Fokus auf die Struktu-
42 ren, wie sie auch schon vor dem 21. Jahr-
43 hundert gefragt waren. Die veränderte Ar-
44 beitswelt gibt aber mehr Möglichkeiten
45 her und das muss auch zu Veränderungen
46 im kommunalen Wirtschaftsdenken füh-
47 ren. Dabei darf das Land in diesem Verän-
48 derungsprozess die finanziell unflexiblen
49 Kommunen nicht vernachlässigen, sondern
50 muss selbst die Leitplanken setzen, damit
51 Sachsen-Anhalt nicht weiterhin Schluss-
52 icht bleibt.

Antrag E13
Jusos Sachsen-Anhalt

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt schützen und Zugänge für die Öffentlichkeit erschließen

1 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür
2 ein, dass das jüdische Erbe geschützt und
3 durch Förderung zu Bildungsorten umge-
4 wandelt wird. Der tägliche Antisemitismus
5 wird immer wieder durch die Entmenschli-
6 chung und Entfremdung der Jüd*innen be-
7 feuert. Dabei ist Sachsen-Anhalt für viele
8 Jahrhunderte Heimat jüdischer Menschen
9 gewesen und das ist an vielen Orten sicht-
10 bar und sollte durch finanzielle Aufwer-
11 tung der Stätten und Einbindung in Tou-
12 rismuskonzepte der Öffentlichkeit bewusst

13 gemacht werden.
14 Um das friedliche Zusammenleben in der
15 Gegenwart zu stärken, ist es notwendig
16 die gemeinsame Vergangenheit zu kennen
17 und zu verstehen.

18

19 **Begründung**

20 In Sachsen-Anhalt gibt es allein über 50 his-
21 torische jüdische Friedhöfe, alte und ehe-
22 malige Synagogen, jüdische Bildungsstät-
23 ten und auch Geburtsorte berühmter jüdi-
24 scher Persönlichkeiten, wie beispielsweise
25 Moses Mendelssohn.

26 In Halberstadt wird mit der Moses-
27 Mendelssohn-Stiftung und der erschlos-
28 senen jüdischen Altstadt sichtbar, welche
29 internationale Strahlwirkung die Aufwer-
30 tung des jüdischen Erbes hervorrufen
31 kann und diesem Beispiel sollte ganz
32 Sachsen-Anhalt folgen.

Antrag E14

Jusos Sachsen-Anhalt

**Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundes-
tagsfraktion**

Scheidung für alle!

1 Wir fordern, dass Ehescheidungen künftig
2 nicht mehr ausschließlich durch Rich-
3 terspruch vollzogen werden können. In
4 Zukunft sollen Ehescheidungen auch
5 von Standesbeamt*innen durchgeführt
6 werden können, wenn gegenseitiges
7 Einvernehmen beider Seiten gegeben ist.

8

9 **Begründung**

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

10 Während in anderen europäischen Län-
11 dern (z. B. in Italien, Portugal und Spani-
12 en) Scheidungen auf unkompliziertem und
13 kostengünstigem Wege durchgeführt wer-
14 den können, ist dies in Deutschland nicht so
15 einfach möglich. Derzeit müssen Scheidun-
16 gen in Deutschland zwangsläufig vor Ge-
17 richten verhandelt werden. Hierbei fallen
18 verhältnismäßig hohe Gebühren für An-
19 wälte und auch die Gebühren der Gerichte
20 an. Grade bei einvernehmlichen Scheidun-
21 gen wird diese Absurdität besonders of-
22 fensichtlich, da es hierbei nicht selten vor-
23 kommt, dass beide Parteien vom selben
24 Rechtsanwalt vertreten werden.

Antrag E15**ASF & Jusos Sachsen-Anhalt****Weiterleitung an: Bundesparteitag****Weg mit Paragraph 219a**

1 Keine Kompromisse mit uns! Der Paragraph
2 219a des StGB muss vollständig gestrichen
3 werden. Der aktuelle Kompromiss stellt kei-
4 ne ausreichende Lösung dar. Er stärkt we-
5 der die Informationsrechte von ungewollt
6 Schwangeren noch führt er zu der beab-
7 sichtigten Rechtssicherheit für die betroffe-
8 nen Ärzt*innen.

9

10 Begründung

11 Frauen haben ein Recht auf reprodukti-
12 ve Selbstbestimmung. Dazu gehört neben
13 dem Informationsrecht auch die freie Arzt-
14 wahl. § 219a StGB schränkt diese Rechte
15 wesentlich ein. Er stellt nicht nur die „Wer-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme**

16 bung“ für einen Schwangerschaftsabbruch
17 unter Strafe, sondern erschwert ungewollt
18 Schwangeren den freien Zugang zu sach-
19 lichen Informationen über die konkreten
20 Möglichkeiten eines Abbruchs und kommt
21 damit einem Informationsverbot gleich.
22 Daran hat auch das im März 2019 be-
23 schlossene „Gesetz zur Verbesserung der
24 Information über einen Schwangerschafts-
25 abbruch“ nichts geändert. Zwar dürfen
26 Ärzt*innen, Krankenhäuser und weitere
27 Einrichtungen künftig, etwa im Internet,
28 angeben, dass sie Schwangerschaftsab-
29 brüche vornehmen. Alle darüberhinaus-
30 gehenden Informationen, insbesondere,
31 welche Methoden sie anwenden, bleiben
32 jedoch strafbar. Damit wird Frauen in
33 einem Schwangerschaftskonflikt das Recht
34 vorenthalten, über medizinische Eingriffe
35 selbst, frei und informiert zu entscheiden.
36 Die damit verbundene ungerechtfertigte
37 Kriminalisierung der Ärzt*innen trägt
38 zudem zu einer signifikanten Verschlech-
39 terung der Versorgungslage bei und führt
40 zu einer weiteren Stigmatisierung von
41 Schwangerschaftsabbrüchen.
42 Wir fordern, dass Ärzt*innen ohne Strafver-
43 folgung darüber informieren dürfen, wie,
44 wo und durch wen straflose Schwanger-
45 schäftsabbrüche durchgeführt werden. Da-
46 her muss §219a StGB ersatzlos gestrichen
47 werden.

Antrag E16

**Jusos Sachsen-Anhalt und AG SPDqueer
Sachsen-Anhalt**

Weiterleitung an: Bundesparteitag, Parteivorstand

Mutterschaft für lesbische Paare

1 Um die noch immer bestehende Diskrimi-
2 nierung von Müttern in gleichgeschlechtli-
3 chen Partnerschaften und deren Kindern zu
4 beenden, muss das Abstammungsrecht no-
5 velliert werden. Dabei sind zwei Varianten
6 abzubilden.

7 1. Es ist eine Mutterschaftsbekundung
8 einzuführen, die analog zur bisheri-
9 gen Anerkennung von Vaterschaften

10 2. Frauen, die in einer eingetragenen Le-
11 benspartnerschaft Ehe leben, werden
12 als Mit-Mutter ab Geburt anerkannt.

13 Variante 1 ist dabei Variante 2 übergeord-
14 net.

15 Somit entfällt für Kinder, die in einer ent-
16 sprechenden gleichgeschlechtlichen Part-
17 nerschaft, auf die der Punkt 1 bzw. 2 zu-
18 trifft, das bisher übliche Verfahren der
19 Sukzessivad-Option.

20

21 **Begründung**

22 Die bisher in Deutschland gültigen Rege-
23 lungen für die Elternschaft nach der Ge-
24 burt eines Kindes sind weit ab der Realität
25 der heutigen Gesellschaft. Sofern ein he-
26 terosexuelles Paar ein Kind bekommt, ist
27 der mit der Frau verheiratete Mann auto-
28 matisch der Vater des Kindes. Außerdem
29 kann der Mann vor der Geburt des Kindes
30 die Vaterschaft rechtbindend anerkennen,
31 sofern das Paar nicht verheiratet ist. Kin-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

32 der sollen vor allem in einem liebevollen
33 Elternhaus aufwachsen, was nicht zwin-
34 gend Mutter und Vater umfasst, sondern
35 beispielsweise auch zwei Mütter umfassen
36 kann. Mit einer Mutterschaftsbekundung
37 vor der Geburt können zwei fürsorgende
38 Elternteile bestimmt werden, wodurch die
39 Verantwortung nicht mehr auf den Jugend-
40 ämtern lastet. Die derzeitigen Regelungen
41 einer Stiefkindadoption nach der Geburt
42 des Kindes birgt Unsicherheiten für lesbi-
43 sche Eltern und kann mehrere Monate bis
44 Jahre dauern. Die adoptierende Mutter ist
45 bis zum Abschluss des Verfahrens nicht er-
46 ziehungsberechtigt und hat keinerlei Rech-
47 te, Entscheidungen für das Kind zu treffen.
48 Vor allem in Notsituationen kann das kri-
49 tisch sein. Das bislang übliche, anachronis-
50 tische Verfahren der nachgeordneten Ad-
51 option entfällt somit, was nicht nur Rechts-
52 unsicherheit und Diskriminierung beendet,
53 sondern auch eine entwürdigende Praxis
54 beendet.

55 Damit entfällt auch die Ungleichbehand-
56 lung, dass ein Mann – ob er der biolo-
57 gische Vater des Kindes ist oder nicht –
58 als Vater des Kindes eingetragen werden
59 kann (mit Trauschein, mit Vaterschaftsbe-
60 kundung), dies auf Mitmütter bislang aber
61 nicht zutrifft.

62 Im Sinne eines modernen Abstammungs-
63 rechtes fordern wir die oben genannten
64 zwei Möglichkeiten für lesbische Paare ein-
65 zuführen, um Kindern eine sichere familiä-
66 re Zukunft bieten zu können.

Antrag E17

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AG SPDqueer, AsF, AsJ

Alternative Lebensgemeinschaften anerkennen! – Für einen zivilen Solidaritätspakt

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-
2 fordert einen Gesetzesentwurf zu erarbei-
3 ten, der sich mit der Einführung eines zi-
4 vilen Solidaritätspakt beschäftigt und sich
5 an Anlehnung des französischen „pacte
6 civil de solidarité“ (PACS) orientiert. Je-
7 doch sollen ein fester gemeinsamer Wohn-
8 sitz, die Beschränkung auf zwei Personen,
9 den Ausschluss vom Adoptionsrecht und
10 die vorgeschriebene Festlegung des Ge-
11 schlechts aus dem Solidaritätspakt heraus-
12 genommen werden und im entsprechend
13 Gesetzesentwurf angepasst werden. Dar-
14 über hinaus sollen im Ausland geschlosse-
15 ne PACS oder vergleichbare Vereinbarun-
16 gen in Deutschland anerkannt werden.

Antrag E18

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

8. März zum gesetzlichen Feiertag machen

1 Der 8. März soll zum Sachsen-Anhalt-
2 weiten gesetzlichen Feiertag gemacht wer-
3 den. Der Feiertag soll den Titel „Tag der
4 Gleichberechtigung“ tragen.

Antrag E19

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA Medien

Eingeschränkte Begleitung von Großeinsätzen auf Social Media durch die Landespolizei

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten,
2 sich gegenüber des Landesinnenministeri-
3 ums als Dienstaufsichtsbehörde der Lan-
4 despolizei dafür einzusetzen, dass die Po-
5 lizei des Landes Sachsen-Anhalt bei Groß-
6 einsätzen, etwa am Rande von Demonstra-
7 tionen und Fußballspielen, die Begleitung
8 auf Twitter und anderen sozialen Netzwer-
9 ken auf das Notwendigste reduziert. Es sol-
10 len weder Fotografien von Besuchern sol-
11 cher Veranstaltungen veröffentlicht wer-
12 den noch soll es kommentierende Postings
13 über den Verlauf des Einsatzgeschehens
14 geben. Ausgenommen sind notwendige In-
15 formationen, etwa über Einschränkungen
16 des Straßen- und Schienenverkehrs.
17 Deshalb soll ein ausführlicher Bericht der
18 Polizei erfolgen, der für Transparenz über
19 das Agieren der Polizei auf Twitter sorgt.

Antrag E20

Jusos Sachsen-Anhalt

Bundesweite Legalisierung für das „Containern“

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Annahme von D11

1 Der Landesparteitag möge beschließen,
2 dass das Einsammeln und Verwenden von
3 weggeworfenen Lebensmitteln aus Ab-
4 fallcontainer von Supermärkten zukünftig
5 straffrei zu stellen ist. Damit einhergehen
6 muss eine öffentliche Zugänglichkeit zu

7 Mülltonen von Supermärkten.

Antrag E21
Jusos Sachsen-Anhalt
Weiterleitung an: Bundesparteitag

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

Verkaufsverbot von Heimtieren in Baumärkten und Zoofachgeschäften

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-
 - 2 dert, sich für ein Verkaufsverbot von Heim-
 - 3 tieren in Baumärkten und Zoofachgeschäf-
 - 4 ten einzusetzen.
-

Antrag E22
Jusos Sachsen-Anhalt
Weiterleitung an: Bundesparteitag

Empfehlung der Antragskommission
Überweisen an: FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Heimtiere

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-
 - 2 fordert, sich für eine Kennzeichnungs-
 - 3 und Registrierungspflicht für Heimtiere in
 - 4 Deutschland einzusetzen.
-

Antrag E23
Jusos Sachsen-Anhalt
Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundes-
tagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Beschluss des Bundespartei-
tages

Exit Deutschland muss erhalten werden

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefor-
- 2 dert sich für eine ausreichende und lang-
- 3 fristige Finanzierung von EXIT Deutschland
- 4 einzusetzen.

Antrag E24

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen

- 1 Der 8. Mai soll zu einem bundesweiten Fei-
- 2 ertag gemacht werden. Der Feiertag soll
- 3 den Titel „Tag der Befreiung“ tragen.

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Antrag E25

Stadtverband Magdeburg

Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundes-
tagsfraktion

Anerkennung von eSport als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung

- 1 Der § 52 Abs. 2 Abgabenordnung soll dahin-
- 2 gehend geändert werden, dass eSport als
- 3 gemeinnützig anerkannt wird.

4

5 Begründung

- 6 Die SPD muss den zeitgemäßen Schritt ge-
- 7 hen und dem eSport die Gemeinnützigkeit
- 8 anerkennen. Es ist ein wachsender gesell-
- 9 schaftlicher Trend, dem wir als Partei Rech-
- 10 nung tragen müssen.

- 11 Auch in eSport-Vereinen werden die glei-
- 12 chen demokratischen Werte, wie ehren-
- 13 amtliches Engagement, Präventionsarbeit,

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

14 Diskussionskultur und Jugendfreizeit-
15 gestaltung gewährleistet. Würden die
16 gleichen Maßstäbe zur Beurteilung der
17 Gemeinnützigkeit an Sportarten wie Dart,
18 Billard oder Schießen angelegt werden,
19 wie es beim eSport getan wird, würden sie
20 diesen nicht standhalten
21 Sachsen-Anhalt besitzt eine starke E-Sport-
22 Szene und muss die Chance nutzen und die-
23 se Thematik als Partei im Land besetzen.

Antrag E26

Jusos Sachsen-Anhalt

**Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundes-
tagsfraktion**

Empfehlung der Antragskommission

Ohne Votum

Kommunen endlich entlasten! KdU aus Bundesgeldern bezahlen!

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-
2 dert, sich dafür einzusetzen, dass die Kos-
3 ten der Unterkunft (kurz: KdU) aus dem
4 Bundeshaushalt bezahlt werden sollen und
5 somit die Kommunen finanziell zu entlas-
6 ten.

Antrag E27

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Erhöhung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Minderjährigen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich da-
2 für einsetzen, dass die Verjährungsfristen
3 für die Verfolgung von Tatverdächtigem bei
4 Verdacht auf sexuellem Missbrauch von

- 5 Minderjährigen deutlich erhöht werden.
- 6 Sowohl im Strafrecht als auch im Zivilrecht
- 7 fordern wir eine Erhöhung auf 50 Jahre
- 8 nach der Vollendung des 30. Lebensjahres.

Antrag E28

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

G20 Straftäter verfolgen und verurteilen, Polizeigewalt nicht unter den Tisch fallen lassen!

- 1 Es soll ein parlamentarischer Untersu-
- 2 chungsausschuss zum Polizeieinsatz beim
- 3 G20 Gipfel in Hamburg eingerichtet wer-
- 4 den. Ebenso soll dabei die Rolle der Justiz
- 5 und des Oberlandesgerichts Hamburg
- 6 untersucht werden.

Antrag E29

ASF Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag, Bundes-
tagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Ausmaße Digitaler Gewalt erkennen und handeln!

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-
- 2 dert, sich dafür einzusetzen, dass digitale
- 3 Gewalt wie bspw. Cyber-Stalking, zukünf-
- 4 tig statistisch durch die Polizei oder eine
- 5 andere staatliche Meldestelle erfasst wird.
- 6 Zudem soll eine, möglichst europaweite,
- 7 nach Geschlechtern differenzierte Studie
- 8 zu Digitaler Gewalt und ihren Auswirkun-
- 9 gen durchgeführt werden. Die Erkenntnisse
- 10 der vorgenannten Maßnahmen sollen so-

11 wohl Teil der Aus- und Weiterbildung der
12 juristischen Ausbildung als auch der Polizei
13 werden.

14

15 **Begründung**

16 Aufgrund der stetig zunehmenden Digita-
17 lisierung fast aller Lebensbereiche, erfah-
18 ren auch häusliche Gewalt sowie andere
19 Formen der Gewalt gegen Frauen neue, di-
20 gitale Ausprägungsformen. So hat in den
21 letzten Jahren das Cyberstalking ungeahn-
22 te Ausmaße angenommen.

23 Stalking“ bezeichnet ein willentliches, häu-
24 fig wiederkehrendes und beharrliches Ver-
25 folgen und Belästigen einer anderen Person
26 über einen längeren Zeitraum. Der Kontakt
27 wird gegen den Willen der Person herge-
28 stellt. Betroffene werden belästigt und ver-
29 folgt, bedroht, genötigt oder auch erpresst.
30 Von Cyberstalking spricht man, wenn Tech-
31 nologie, insbesondere das Internet, dazu
32 verwendet wird, andere zu belästigen, ih-
33 nen nachzustellen oder sie zu bedrohen. Cy-
34 berstalker nutzen E-Mail, Instant Messages,
35 Telefonanrufe oder andere Kommunikati-
36 onsgeräte, um andere zu verfolgen, sei es
37 in Form von sexueller Belästigung, unan-
38 gebrachter Kontaktaufnahme oder einfach
39 nur lästiger Anteilnahme am Leben des an-
40 deren.

41 Obwohl Phänomene wie das Cyberstalking
42 in den letzten Jahren massiv zugenom-
43 men haben, ist über das Ausmaß digita-
44 ler Gewalt weiterhin viel zu wenig be-
45 kannt. Aussagekräftige Studien über For-
46 men und Ausmaß digitaler Gewalt gegen
47 Frauen in Deutschland fehlen bislang. So
48 wird in der Kriminalstatistik zwar Stalking
49 erfasst, aber nicht, wie oft dabei digitale

50 Kanäle genutzt werden, da Cyberstalking
51 kein eigener Straftatbestand ist. Auch auf
52 EU-Ebene existiert bislang keine nach Ge-
53 schlechtern differenzierte Studie zu Digita-
54 ler Gewalt und ihren Auswirkungen.

Antrag E30

ASF Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AsJ

Freier Zugang zu Beratung - Einrichtung von Schutzzonen vor Schwangerenberatungsstellen

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten,
2 sich für die Einrichtung von Schutzzo-
3 nen vor Schwangerenberatungsstellen und
4 Arztpraxen, in denen Schwangerschaftsab-
5 brüche durchgeführt werden, einzusetzen.

6

7 **Begründung**

8 Gegner *innen reproduktiver Selbstbe-
9 stimmung, sog. Lebensschützer*innen,
10 versammeln sich vermehrt vor Arztpraxen
11 und Schwangerenberatungsstellen zu
12 sogenannten „Mahnwachen“. Sie protes-
13 tieren mittels Gesängen, lauten Gebeten
14 und Konfrontationen gegen das Recht
15 von Frauen, über ihren Körper und ihr
16 Leben zu entscheiden und gegen die
17 geltende rechtliche Regelung von Schwan-
18 gerschaftsabbrüchen in Deutschland.
19 Die Mahnwachen erleben die Betroffe-
20 nen den Gang zur Beratungsstelle als
21 Spießrutenlauf. Die Beratungsarbeit wird
22 gestört, Ratsuchende belästigt und die
23 Persönlichkeitsrechte verletzt. Anonymität
24 kann nicht gewährleistet werden. Teilweise
25 sehen die Frauen aufgrund dessen sogar

26 davon ab, die Beratung aufzusuchen, die
27 ihrerseits Voraussetzung dafür ist, einen
28 Schwangerschaftsabbruch durchführen zu
29 lassen.

30 Nach der in Deutschland gültigen Be-
31 ratungsregelung sind Frauen, die einen
32 Schwangerschaftsabbruch erwägen,
33 verpflichtet, sich in einer anerkannten
34 Beratungsstelle beraten zu lassen. Das
35 Schwangerschaftskonfliktgesetz definiert
36 diese Beratung und schreibt zum Schutz
37 des ungeborenen Lebens eine unver-
38 zügliche, ergebnisoffene, professionelle
39 Beratung vor, die in jedem Fall vertraulich
40 und auf Wunsch anonym zu erfolgen hat.

41 Die auf Erzeugung von Schuldgefühlen ab-
42 zielende und beherrschende Einflussnahme
43 von außen dient weder dem Lebensrecht
44 des ungeborenen Kindes noch dem Selbst-
45 bestimmungsrecht der Frauen.

Antrag E31

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

**Weiterleitung an: Landtagsfraktion, Landes-
vorstand**

Sicherung der Betreuung für Kinder mit geistiger Behinderung über deren 14. Lebensjahr hinaus

1 Der Landesvorstand und die Landtagsfrak-
2 tion müssen für eine zeitnahe und grund-
3 sätzliche gesetzliche Sicherstellung der Be-
4 treuung von Kindern mit (geistiger) Behin-
5 derung über deren 14. Lebensjahr hinaus
6 (Nachmittags- und Ferienbetreuung) sor-
7 gen.
8

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

~~Der Landesvorstand und d~~ Die Landtags-
fraktion **wird gebeten** ~~müssen für eine~~
~~zeitnahe und grundsätzliche gesetzliche~~
Sicherstellung der **die** Betreuung von Kin-
dern mit (geistiger) Behinderung über de-
ren 14. Lebensjahr hinaus (Nachmittags-

9 **Begründung**

10 Die Altersgrenze für eine Nachmittags-
 11 und Ferienbetreuung schulpflichtiger Kin-
 12 der liegt in Sachsen-Anhalt bei 14 Jahren.
 13 Damit ist der Bedarf eines übergroßen An-
 14 teils von Familien abgedeckt. Problema-
 15 tisch und nach wie vor ungesichert ist die
 16 Situation von Eltern mit (geistig) behinder-
 17 ten Kindern. Auch für diese gilt derzeit ein
 18 Betreuungsende mit dem 14. Lebensjahr.
 19 Hier besteht jedoch ein hoher Betreuungs-
 20 bedarf auch über das 14. Lebensjahr des
 21 Kindes hinaus, so dass diese Eltern vielfach
 22 gezwungen sind, ihre Berufstätigkeit auf-
 23 zugeben oder deutlich zu reduzieren, um
 24 die Betreuung und Versorgung ihres Kindes
 25 abzusichern.

und Ferienbetreuung) **gesetzlich zu sichern
 sorgen.**

Antrag E32**AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt****Weiterleitung an: Landtagsfraktion****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Langfristige Unterstützung und Sicherung des barrierefreien Sachsen-Anhalts**

1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert,
 2 das entstehende Kompetenzzentrum für
 3 Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt langfris-
 4 tig zu sichern und darüber hinaus die lan-
 5 desweite Initiative barrierefreies Sachsen-
 6 Anhalt weiter zu unterstützen.

7

8 **Begründung**

9 Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD
 10 und Bündnis 90/Die Grünen von 2016 - 2021
 11 legt die konsequente Umsetzung der UN-
 12 Behindertenrechtskonvention in Sachsen-
 13 Anhalt fest. Grundlage dafür ist der Lan-

14 desaktionsplan zur Umsetzung der UN-
15 Behindertenrechtskonvention. Auf dieser
16 Grundlage entsteht das Kompetenzen-
17 trum für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt.
18 Dieses Kompetenzzentrum gilt es zu stär-
19 ken und die Zusammenarbeit mit allen
20 Kommunen des Landes verpflichtend zu ge-
21 stalten. Gleichzeitig ist die Vergabe von
22 Fördermitteln für privates Bauen an die
23 Berücksichtigung von Barrierefreiheit zu
24 knüpfen. Es kann und darf nicht sein, dass
25 in Sachsen-Anhalt immer noch ohne die Be-
26 rücksichtigung der Bedürfnisse von Men-
27 schen mit Behinderungen (die im Übrigen
28 auch vielen anderen Bevölkerungsgruppen
29 zu Gute kommen) gebaut wird!
30

Antrag E33

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

**Weiterleitung an: Landtagsfraktion, Landes-
vorstand**

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: AG Selbst Aktiv

Das Inklusionsbüro für Sachsen-Anhalt endlich ins Leben rufen!

1 Bei öffentlichen Veranstaltungen und Fach-
2 diskussionen sollen die Voraussetzungen
3 und Inhalte der Inklusion dargestellt und
4 gemeinsam mit den Beteiligten erörtert
5 werden. Beim direkten Kontakt mit Men-
6 schen und Projekten vor Ort sowie den
7 unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesell-
8 schaft (z. B. Verbände, Vereine, Sozialpart-
9 ner, Kirchen, Unternehmen, Kammern und
10 Parteien) gilt es das Ziel zu verfolgen,
11 Informationen auszutauschen, Partner zu
12 gewinnen und gemeinsame Handlungs-

13 strategien zu entwickeln. Darüber hinaus
 14 steht das Erörtern von Erkenntnissen und
 15 die notwendigen Handlungsschritte im Ge-
 16 spräch mit den zuständigen Stellen in Orga-
 17 nisationen und in Verwaltungen im Fokus
 18 der Betrachtung, um diese für die Umset-
 19 zung zu motivieren und zu befähigen. .

20 Ein zentraler Schwerpunkt könnte unter an-
 21 derem die Beratung für Familien mit Kin-
 22 dern im schulpflichtigen Alter, die einer be-
 23 sonderen Förderung bedürfen, sein.

24 Unter der Anbindung an das Ministerium
 25 für Arbeit und Soziales (Geschäftsstelle), ei-
 26 nem Interessennetzwerk behinderter Men-
 27 schen, dem Landesbehindertenbeirat und
 28 weiteren Institutionen und Unterstützer
 29 sollte das Büro aktiviert sein.

30

31 **Begründung**

32 Das Ziel ist es, die UN-
 33 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)
 34 durch explizite Bewusstseinsbildung (Arti-
 35 kel 8-UN-BRK) bekannter zu machen und
 36 Wege zur Umsetzung aufzuzeigen.

Antrag E34

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landtagsfraktion

Umfassender Inklusionsbegriff im Sport

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ei-
 2 nen umfassenden Inklusionsbegriff ein, der
 3 in Erweiterung integrativer Vorhaben die
 4 Teilhabe und Mitentscheidung von Men-
 5 schen mit Behinderungen von Anfang an
 6 festlegt und gesellschaftlich übergreifend

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ei-
 nen umfassenden Inklusionsbegriff ein, der
 in Erweiterung integrativer Vorhaben die
 Teilhabe und Mitentscheidung von Men-
 schen mit Behinderungen von Anfang an
 festlegt und gesellschaftlich übergreifend

7 ist. Ein umfassendes Konzept zum Bereich
8 Inklusion im Sport ist hierbei mit und durch
9 die SPD umzusetzen.

10 Dies bezieht sich auf die systematische
11 gemeinsame Erarbeitung von inklusiven
12 Sportangeboten.

13 Die SPD wird auf Landes- und kommu-
14 naler Ebene Sportangebote behinderter
15 und nichtbehinderter Menschen vorrangig
16 fördern. Die eigenen Organisationen, die
17 Sportverbände und die Verbände des Be-
18 hindertensports werden aufgefordert, mit
19 Unterstützung der SPD und ihrer Mandats-
20 träger in ihren verbandlichen Strukturen
21 den Anforderungen an Inklusion zu ent-
22 sprechen und behinderte Menschen in ihre
23 Leitungs- Trainer- und sonstige verbandli-
24 che Arbeit einzubeziehen oder gezielt hier-
25 auf vorzubereiten.

26 Als Ergänzung zum traditionellen Ange-
27 bot müssen Breiten-, Reha- und Leistungs-
28 sport mit inklusiven Konzepten durchdrun-
29 gen sein, um so vor Ort inklusiven Sport
30 in den unterschiedlichen Sportarten, um-
31 zusetzen.

32 Bei Neu- und Umbauten sind barrierefreie
33 Standards einzuhalten.

34

35 **Begründung**

36 Politischer Auftrag ist es, die Lücke zwi-
37 schen 35 % aller Bürgerinnen und Bür-
38 ger in Sachsen-Anhalt, die in Sportverei-
39 nen organisiert sind und lediglich 3,5 %
40 Menschen mit Behinderungen zu schließen
41 und die gesellschaftlichen Rahmenbedin-
42 gungen hierfür zu organisieren.

43 Organisierter Sport ist hervorragend geeig-
44 net, das Miteinander von Menschen zu för-
45 dern, ein positives Lebensgefühl zu entwi-

ist. Ein umfassendes Konzept zum Bereich
Inklusion im Sport ist hierbei mit und
durch die SPD **zu begleiten** umzusetzen.

~~Dies bezieht sich auf die systematische
gemeinsame Erarbeitung von inklusiven
Sportangeboten.~~

Die SPD wird auf Landes- und kommu-
naler Ebene Sportangebote behinderter
und nichtbehinderter Menschen vorrangig
fördern. Die eigenen Organisationen, die
Sportverbände und die Verbände des Be-
hindertensports werden aufgefordert, mit
Unterstützung der SPD und ihrer Mandats-
träger in ihren verbandlichen Strukturen
den Anforderungen an Inklusion zu ent-
sprechen und behinderte Menschen in ihre
Leitungs- Trainer- und sonstige verbandli-
che Arbeit einzubeziehen oder gezielt hier-
auf vorzubereiten.

Als Ergänzung zum traditionellen Ange-
bot müssen Breiten-, Reha- und Leistungs-
sport mit inklusiven Konzepten durchdrun-
gen sein, um so vor Ort inklusiven Sport
in den unterschiedlichen Sportarten, um-
zusetzen.

Bei Neu- und Umbauten sind barrierefreie
Standards einzuhalten.

46 ckeln und Vorurteile abzubauen.

Antrag E35

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschluss des Landesteilhabegesetzes

Bundesteilhabegesetz in Kooperation mit Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln

1 Das Bundesteilhabegesetz ist unter sozial-
2 demokratischer Führung und im konstruk-
3 tiven, offenen Dialog mit Menschen mit Be-
4 hinderungen verabschiedet worden.

5 Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat die
6 konkrete Ausgestaltung der personen- und
7 rehabilitationsorientierten Eingliederungs-
8 hilfe für Menschen mit Behinderungen den
9 einzelnen Bundesländern überlassen.

10 Es muss jetzt der Entwurf eines Teilhabe-
11 stärkungsgesetzes des Landes Sachsen-
12 Anhalt überprüft und weiterentwickelt
13 werden.

14 Wir fordern in diesem Zusammenhang die
15 aus dem BTHG implementierte und gefor-
16 derte Mitbestimmung von Menschen mit
17 Behinderungen tatsächlich einzulösen.

18 Wie sollen künftig betroffene Menschen
19 mit Behinderungen in die weitere Aus-
20 gestaltung der Eingliederungshilfe in
21 Sachsen-Anhalt beteiligt werden?

22

23 Begründung

24 Mit der Beteiligung von Menschen mit
25 Behinderungen aus den unterschiedlichen
26 Gremien, Verbands- und Interessenvertre-
27 tungen können einheitliche Bedarfsplanin-
28 strumente, Entscheidungswege und Grup-
29 pendefinitionen ausgehandelt werden.

Antrag E36**Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt****Weiterleitung an: Bundesparteitag****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in geänderter Fassung****Abschaffung der steuerlichen Privilegierung von Betriebsvermögen im deutschen Erbschaftsteuerrecht**

1 Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt
2 spricht sich für die Neuregelung der erb-
3 schaftsteuerlichen Sonderregelungen von
4 großen Betriebsvermögen aus. Insbesondere
5 re soll die erbschaftsteuerliche Privilegie-
6 rung von großen Betriebsvermögen über-
7 prüft werden.

8

9 Begründung

10 Im Laufe der letzten Jahre wurde die deut-
11 sche Erbschaftsteuer bereits mehrfach vom
12 Bundesverfassungsgericht für verfassungs-
13 widrig erklärt. Ursache der entsprechen-
14 den Gerichtsurteile waren jeweils steuer-
15 liche Sonderregelungen zur Privilegierung
16 von Betriebsvermögen. Dennoch hält die
17 Bundesregierung auch im aktuellen Erb-
18 schaftsteuerrecht weiterhin daran fest, Be-
19 triebsvermögen im Rahmen der Erbschaft-
20 steuer über jede ökonomische Notwendig-
21 keit hinaus massiv zu begünstigen.

22 Während nach aktuellem Erbschaftsteuer-
23 recht die Erbschaft einer Großtante an ih-
24 ren Großneffen (Steuerklasse III, Freibetrag
25 20.000 €) von 60.000 € in bar zu einer
26 Steuerbelastung von 12.000 € führt (Erb-
27 schaftsteuersatz 30 %), würde die Verer-
28 bung eines Betriebsvermögens in Höhe von
29 bis zu 26 Millionen € vollständig (bis 90
30 Millionen € teilweise) steuerfrei bleiben,

Überschrift: Abschaffung Neuregelung
der steuerlichen Privilegierung von
Betriebsvermögen im deutschen
Erbschaftsteuerrecht

31 solange die Voraussetzungen der §§ 13a-13c
32 ErbStG eingehalten werden.

33 Berechnungen von Maiterth und Houben
34 machen deutlich, dass eine derart massi-
35 ve Begünstigung jeglicher ökonomischen
36 Notwendigkeit entbehrt. Die Privilegierung
37 schießt weit über das erforderliche Maß
38 hinaus und stellt letztlich nichts weiter
39 als eine massive steuerliche Subvention
40 für vermögende Bevölkerungsschichten
41 dar, die dazu führt, dass die effektive
42 Erbschaftsteuerbelastung mit der Höhe
43 des vererbten Vermögens sinkt und das
44 verfassungsrechtlich gebotene Prinzip der
45 Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit
46 auf den Kopf stellt.

47 Die bestehenden erbschaftsteuerlichen Be-
48 günstigungen für Betriebsvermögen soll-
49 ten in der bestehenden Form vollständig
50 gestrichen und durch großzügige und zins-
51 freie Stundungsregelungen ersetzt wer-
52 den, die ebenfalls geeignet wären, die Zah-
53 lungsfähigkeit der von der Erbschaftsteuer
54 betroffenen Unternehmen sicherzustellen
55 und mögliche erbschaftsteuerliche Liqui-
56 ditätsrisiken zu vermeiden. Der bestehen-
57 de steuerliche Gestaltungsspielraum sollte
58 zudem zu einer allgemeinen Senkung von
59 Steuersätzen genutzt werden, von der nicht
60 ausschließlich die vermögendsten 10 % bis
61 1 % der deutschen Haushalte profitieren.

Antrag E37

Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt

Weiterleitung an: Bundesparteitag

Empfehlung der Antragskommission

**Erledigt durch Beschluss des Bundespartei-
tages**

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

1 Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt
2 spricht sich für die Einführung einer Finanz-
3 transaktionssteuer nach französischem
4 Vorbild aus.

5

6 **Begründung**

7 Seit der Finanzkrise 2008/2009 wird auf
8 europäischer Ebene die Einführung einer
9 Steuer auf Finanztransaktionen diskutiert.
10 Eine derartige Steuer verfolgt grundsätz-
11 lich zwei Ziele. Zum einen sollen die Ak-
12 teure des Finanzmarktes stärker an der Fi-
13 nanzierung öffentlicher Ausgaben beteiligt
14 werden. Zum anderen sollen die europäi-
15 schen Finanzmärkte stabilisiert und kurz-
16 fristige Marktschwankungen – also die Vo-
17 latilität von Kursentwicklungen – reduziert
18 werden.

19 Aufgrund mangelnder Fortschritte auf eu-
20 ropäischer Ebene haben Frankreich im Jahr
21 2012 und Italien im Jahr 2013 jeweils ei-
22 genständig eine Finanztransaktionssteuer
23 eingeführt. Aktuelle Forschungsergebnis-
24 se der Otto-von-Guericke-Universität Mag-
25 deburg, der Freien Universität Berlin und
26 des Instituts für Wirtschaftsforschung Hal-
27 le weisen darauf hin, dass die Einfüh-
28 rung einer französischen Finanztransakti-
29 onssteuer zu einer signifikanten Redukti-
30 on der Volatilität des französischen Ak-
31 tienmarktes beigetragen hat, ohne dass
32 es dabei zu einer erheblichen Reduktion
33 oder Verlagerung von Handelsaktivitäten

34 gekommen wäre. Aus ökonomischer Sicht
35 spricht somit viel dafür, dass die Einführung
36 einer moderat ausgestalteten Finanztrans-
37 aktionssteuer nach französischem Vorbild
38 zu einer Verbesserung der sozialen Wohl-
39 fahrt und zu einer Stabilisierung der Fi-
40 nanzmärkte beitragen dürfte.

41 Neben Frankreich und Italien erheben auch
42 Großbritannien und die Schweiz jeweils ei-
43 genständige Steuern auf Finanztransaktio-
44 nen. Damit lässt sich festhalten, dass Fi-
45 nanztransaktionen in den wichtigsten eu-
46 ropäischen Finanzmärkten mit Ausnahme
47 des deutschen Finanzmarktes steuerpflich-
48 tig sind. Diese Situation macht deutlich,
49 dass Deutschland durchaus die Möglichkeit
50 hätte, Finanztransaktionen zu besteuern,
51 ohne dass dies zu einer Benachteiligung
52 des deutschen Finanzmarktes im Verhält-
53 nis zu seinen europäischen Wettbewerbern
54 führen führten. Ganz im Gegenteil agiert
55 Deutschland derzeit – abweichend von den
56 öffentlichen Verlautbarungen der Bundes-
57 regierung – im Bereich der Besteuerung von
58 Finanztransaktionen faktisch eher als Steu-
59 eroase und erschwert mit diesem Verhal-
60 ten die Bemühungen seiner europäischen
61 Nachbarstaaten Finanztransaktionen mit
62 Steuern und öffentlichen Abgaben zu be-
63 lasten.

Antrag E38

Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt

Weiterleitung an: Bundesparteitag

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Abschaffung der „Kalten Progression“ im Einkommensteuerrecht

1 Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt
2 spricht sich für die Abschaffung der kalten
3 Progression aus. Der deutsche Einkommen-
4 steuertarif sowie wichtige weitere Kennzif-
5 fern der deutschen Einkommensbesteue-
6 rung wie etwa Kinderfreibeträge, sollen
7 künftig an die Inflationsentwicklung ange-
8 passt werden.

9

10 **Begründung**

11 Ein in der deutschen Öffentlichkeit seit
12 geraumer Zeit diskutiertes steuerliches
13 Problem ist die sogenannte „Kalte Progres-
14 sion“. Die „Kalte Progression“ resultiert
15 aus dem Umstand, dass weder der deut-
16 sche Einkommensteuertarif noch weitere
17 steuerlich relevante Parameter (etwa
18 Kinderfreibeträge, Werbungskostenpau-
19 schalen, Freibeträge, etc.) an die Inflation
20 angepasst werden. Hieraus resultiert, dass
21 inflationsbedingte Gehalts- und Einkom-
22 menssteigerungen in vollem Ausmaß der
23 Besteuerung unterliegen und aufgrund
24 des progressiven Einkommensteuertarifs
25 zu einer höheren durchschnittlichen steu-
26 erlichen Belastung führen, obwohl diese
27 nicht zu einer realen Verbesserung des
28 Lebensstandards führen.

29 Die „Kalte Progression“ hat in Zusammen-
30 hang mit dem erheblichen wirtschaftlichen
31 Wachstum der letzten Jahrzehnte dazu ge-
32 führt, dass inzwischen auch Steuerpflich-
33 tige mit mittleren Einkommen von über

34 54.590 € mit dem deutschen Spitzensteu-
35 ersatz von 42 % belastet werden. Letztlich
36 führt die „Kalte Progression“ in der langen
37 Sicht dazu, dass die durchschnittliche Steu-
38 erbelastung gerade von Steuerpflichtigen
39 mit geringen bis mittleren Einkommen im-
40 mer weiter ansteigt, während der Effekt für
41 Spitzenverdiener moderat ausfällt.
42 In den letzten Jahren wurden mehrfach
43 steuerliche Reformvorhaben zur Einschrän-
44 kung der „Kalten Progression“ durch den
45 Gesetzgeber beschlossen. Allerdings han-
46 delt es sich bislang immer nur im isolier-
47 te Einzelgesetzte, die den Einkommensteu-
48 ertarif in regelmäßigen Abständen an die
49 Inflationsentwicklung angepasst haben. Es
50 fehlt aber nach wie vor eine nachhalti-
51 ge gesetzliche Regelung, die den Einkom-
52 mensteuertarif an die deutsche Inflations-
53 entwicklung anpasst. Diese Regelung sollte
54 sich nicht allein auf den Einkommensteu-
55 ertarif an sich beschränken, sondern auch
56 andere wichtige steuerliche Parameter, wie
57 etwa Kinderfreibeträge, Kindergeld, Wer-
58 bungskostenpauschbeträge und ähnliches
59 einschließen.

Antrag E39**Ortsverein Magdeburg Mitte / Altstadt****Weiterleitung an: Bundesparteitag****Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Geschäften mit Immobilien, Kunstgegenständen und Luxusgütern****Empfehlung der Antragskommission****Annahme**

1 Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt
2 spricht sich für Abschaffung der Spekula-
3 tionsfristen auf private Veräußerungsge-

4 schäfte gem. § 23 EStG für Geschäfte mit
5 Immobilien, Kunstgegenständen und Lu-
6 xusgütern aus. Künftig sollen also ent-
7 sprechende Geschäfte unabhängig von der
8 Haltedauer (derzeit 1 Jahr bzw. 10 Jahre
9 bei Immobilien) regulär mit Einkommen-
10 steuer besteuert werden. Davon nicht be-
11 troffen sind private Veräußerungsgeschäf-
12 te mit Immobilien, die zu eigenen Wohn-
13 zwecken genutzt werden.

14

15 **Begründung**

16 Während das deutsche Einkommensteuer-
17 recht die unterschiedlichen Einkommens-
18 quellen weitgehend lückenlos erfasst, wer-
19 den Vermögenszuwächse im Privatvermö-
20 gen gem. § 23 Abs. 1 EStG nur dann be-
21 steuert, wenn die Spekulationsfristen von 1
22 Jahr bzw. 10 Jahren (Gebäude) unterschrit-
23 ten werden. Im Bereich von Gebrauchs-
24 gegenständen und selbst genutzten Ei-
25 genheimen lässt sich dies aus Gründen
26 der Verwaltungsvereinfachung grundsätz-
27 lich rechtfertigen.

28 Nicht nachvollziehbar ist allerdings, dass
29 Vermögenszuwächse bei reinen Anlageob-
30 jekten – wie vermieteten Immobilien so-
31 wie als Anlageobjekten genutzten Kunst-
32 gegenständen und Luxusgütern (z.B. sel-
33 tene Sportwagen), nach Spekulationsfris-
34 ten von 1 oder auch 10 Jahren vollständig
35 steuerfrei bleiben sollten, wenn gleichzei-
36 tig Arbeitseinkommen oder unternehme-
37 rische Einkünfte voll steuerpflichtig sind.
38 Faktisch führt das derzeitige Einkommen-
39 steuerrecht sogar dazu, dass Investitionen
40 in vermietete Immobilien über Abschrei-
41 bungen steuerlich geltend gemacht wer-
42 den können, während die nach einer Frist

43 von mehr als 10 Jahren realisierten Veräu-
44 ßerungserlöse vollständig steuerfrei blei-
45 ben. Es liegt auf der Hand, dass derar-
46 tige steuerliche Regelungen eine massive
47 steuerliche Privilegierung der vermögen-
48 den Bevölkerungsschichten darstellen, die
49 sich weder durch steuersystematische Prin-
50 zipien noch durch ökonomische Überlegun-
51 gen rechtfertigen lassen.

52 Aus ökonomischer Sicht erscheinen ent-
53 sprechende steuerliche Privilegien sogar
54 als schädlich, da sie Kapitalanlageentschei-
55 dungen verzerren. So werden etwa Inves-
56 titionen in Aktien gegenüber Immobilien-
57 investitionen steuerlich benachteiligt, da
58 Veräußerungsgewinne aus Aktiengeschäf-
59 ten unabhängig von Spekulationsfristen
60 der Abgeltungsteuer unterliegen. Die vor-
61 liegenden Privilegierungen verzerren so-
62 mit Investitionsentscheidungen und laden
63 zu steuerlichen Gestaltungen ein. Zudem
64 schaffen die Regelungen einen starken
65 steuerlichen Anreiz private Immobilien zu-
66 mindest 10 Jahre im Bestand zu halten. Dies
67 mindert die Funktionsfähigkeit und die Li-
68 quidität des deutschen Immobilienmark-
69 tes. In der aktuellen Lage des deutschen Im-
70 mobilienmarktes dürfte dies die bereits be-
71 stehende Tendenz zu massiven Preis- und
72 Mietsteigerungen weiter erhöhen.

L Landtagswahl 2021

Antrag L1
Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in geänderter Fassung

Zwischenstand: Was wir erreicht haben, wo wir hin wollen

1 Nach der Landtagswahl 2016 haben wir ge-
2 meinsam beschlossen, auf Landesebene ei-
3 ne Koalition mit CDU und Grünen einzuge-
4 hen. Diese Koalition geht jetzt in die letz-
5 te Phase ihrer Arbeit. Schon bei der Bil-
6 dung der Regierung war klar: Das ist kein
7 auf Dauer angelegtes Bündnis. Für uns gilt
8 deshalb: Mit der Landtagswahl 2021 wer-
9 den die Weichen neu gestellt. Wir wer-
10 den uns in den nächsten Monaten darauf
11 vorbereiten, mit einem erneuerten perso-
12 nellen und programmatischen Angebot zu
13 dieser Wahl anzutreten und für eine de-
14 mokratische, handlungsfähige Mehrheit in
15 Sachsen-Anhalt zu kämpfen, die unser Land
16 stärker macht, mehr soziale Gerechtigkeit
17 durchsetzt und für die Werte einer freiheit-
18 lichen, weltoffenen Gesellschaft einsteht.

19

20 **Wofür wir angetreten sind:**

21 Die Regierungsbildung 2016 verfolgte das
22 Ziel, dass demokratische Parteien – trotz
23 ihrer großen Unterschiede – angesichts
24 zahlenmäßig starker Rechtsextremisten im
25 Landtag beweisen, dass sie gemeinsam re-
26 gieren und gestalten können. Zu diesem
27 Anspruch stehen wir.

28 Wir haben dennoch beim Landespartei-
29 tag im April 2016 in Halle deutlich ge-
30 macht, dass es mit uns keine Regierungsbil-
31 dung um jeden Preis gibt, und haben sechs
32 „Knackpunkte“ für die Bildung der Koaliti-

Nach der Landtagswahl 2016 haben wir ge-
meinsam beschlossen, auf Landesebene ei-
ne Koalition mit CDU und Grünen einzuge-
hen. Diese Koalition geht jetzt in die letz-
te Phase ihrer Arbeit. Schon bei der Bil-
dung der Regierung war klar: Das ist kein
auf Dauer angelegtes Bündnis. Für uns gilt
deshalb: Mit der Landtagswahl 2021 wer-
den die Weichen neu gestellt. Wir wer-
den uns in den nächsten Monaten darauf
vorbereiten, mit einem erneuerten perso-
nellen und programmatischen Angebot zu
dieser Wahl anzutreten und für eine de-
mokratische, handlungsfähige Mehrheit in
Sachsen-Anhalt zu kämpfen, die unser Land
stärker macht, mehr soziale Gerechtigkeit
durchsetzt und für die Werte einer freiheit-
lichen, weltoffenen Gesellschaft einsteht.

Wofür wir angetreten sind:

Die Regierungsbildung 2016 verfolgte das
Ziel, dass demokratische Parteien – trotz
ihrer großen Unterschiede – angesichts
zahlenmäßig starker Rechtsextremisten im
Landtag beweisen, dass sie gemeinsam re-
gieren und gestalten können. Zu diesem
Anspruch stehen wir.

Wir haben dennoch beim Landespartei-
tag im April 2016 in Halle deutlich ge-
macht, dass es mit uns keine Regierungsbil-
dung um jeden Preis gibt, und haben sechs
„Knackpunkte“ für die Bildung der Koaliti-

33 on festgelegt:

- 34 • eine Offensive für die Kommunen,
35 einschließlich Verbesserungen beim
36 KiFöG zur Entlastung von Eltern und
37 Kommunen
- 38 • mehr Sicherheit durch mehr Polizis-
39 tinnen und Polizisten auf der Straße
- 40 • volle Unterrichtsversorgung durch
41 mehr Lehrerinnen und Lehrer
- 42 • sichere Hochschulfinanzierung
- 43 • Investitionen in den sozialen Arbeits-
44 markt als neue Perspektive für Lang-
45 zeitarbeitslose
- 46 • eine Politik für Demokratieförderung
47 und Integration

48

49 **Was wir erreicht haben:**

50 Der in einigen Bereichen überzogene Spar-
51 kurs früherer Jahre gehört der Vergangen-
52 heit an. So ist die Stärkung der kommu-
53 nalen Finanzen seit Beginn der Wahlpe-
54 riode Priorität sozialdemokratischer Lan-
55 despolitik. Mit der Einstellung von bis-
56 lang über 2.000 Polizeianwärterinnen und
57 -anwärtern wurde dafür gesorgt, dass in
58 Sachsen-Anhalt künftig mehr Polizei auf
59 der Straße ist.

60 Mit dem neuen KiFöG und der Umset-
61 zung des Gute-Kita-Gesetzes haben wir
62 zielgenau Mehrkindfamilien und Eltern
63 mit niedrigen Einkommen entlastet, den
64 Einstieg in bessere Arbeitsbedingungen
65 für Erzieherinnen und Erzieher geschafft
66 und die Fachkräftesicherung unterstützt.
67 Wir haben das Schulgeld für Pflegekräfte
68 und andere soziale Berufe abgeschafft. Mit
69 dem Programm zum sozialen Arbeitsmarkt
70 wurden 2.000 Menschen in Beschäftigung
71 gebracht, die lange keine Teilhabe am

on festgelegt:

- eine Offensive für die Kommunen,
einschließlich Verbesserungen beim
KiFöG zur Entlastung von Eltern und
Kommunen
- mehr Sicherheit durch mehr Polizis-
tinnen und Polizisten auf der Straße
- volle Unterrichtsversorgung durch
mehr Lehrerinnen und Lehrer
- sichere Hochschulfinanzierung
- Investitionen in den sozialen Arbeits-
markt als neue Perspektive für Lang-
zeitarbeitslose
- eine Politik für Demokratieförderung
und Integration

Was wir erreicht haben:

Der in einigen Bereichen überzogene Spar-
kurs früherer Jahre gehört der Vergangen-
heit an. So ist die Stärkung der kommu-
nalen Finanzen seit Beginn der Wahlpe-
riode Priorität sozialdemokratischer Lan-
despolitik. Mit der Einstellung von bis-
lang über 2.000 Polizeianwärterinnen und
-anwärtern wurde dafür gesorgt, dass in
Sachsen-Anhalt künftig mehr Polizei auf
der Straße ist.

Mit dem neuen KiFöG und der Umset-
zung des Gute-Kita-Gesetzes haben wir
zielgenau Mehrkindfamilien und Eltern
mit niedrigen Einkommen entlastet, den
Einstieg in bessere Arbeitsbedingungen
für Erzieherinnen und Erzieher geschafft
und die Fachkräftesicherung unterstützt.
Wir haben das Schulgeld für Pflegekräfte
und andere soziale Berufe abgeschafft. Mit
dem Programm zum sozialen Arbeitsmarkt
wurden 2.000 Menschen in Beschäftigung
gebracht, die lange keine Teilhabe am

72 Arbeitsleben hatten. Bei der Integration
73 von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
74 und der Fachkräftezuwanderung sind die
75 Fortschritte deutlich.

76 Die Grundfinanzierung der Hochschulen
77 als Leuchttürme der Entwicklung unseres
78 Landes wurde nachhaltig erhöht, unter an-
79 derem zur Schaffung neuer und zur Entfris-
80 tung bestehender Stellen. Mit dem neuen
81 Hochschulgesetz werden die Bedingungen
82 für gute Arbeit weiter verbessert, die Hoch-
83 schuldemokratie gestärkt und die Möglich-
84 keiten für Ausgründungen und Zusammen-
85 arbeit mit Unternehmen ausgebaut. Die
86 Wirtschaftsförderung wurde schwerpunkt-
87 mäßig auf die Stärkung von mittelstän-
88 dischen Unternehmen und Handwerksbe-
89 trieben ausgerichtet. Gleichzeitig wurden
90 große neue Ansiedlungsvorhaben in der In-
91 dustrie auf den Weg gebracht.

92 Wir haben mit dem Landesprogramm für
93 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit den
94 Menschen den Rücken gestärkt, die sich
95 engagieren für ein friedliches Zusammen-
96 leben, für eine selbstwusste Demokratie,
97 gegen Rassismus, Antisemitismus und
98 Rechtsextremismus. Nach dem Anschlag
99 von Halle ist das wichtiger denn je, ebenso
100 wie der Einsatz der Sicherheitsbehörden
101 gegen rechtsextremistische Terroristen
102 und Straftäter.

103

104 **Was noch nicht geschafft ist:**

105 An den Schulen unseres Landes gibt es im-
106 mer noch keine umfassende Unterrichts-
107 versorgung. Im Gegenteil: Die Situation hat
108 sich weiter verschlechtert. Mit der Einstel-
109 lung neu ausgebildeter Lehrerinnen und
110 Lehrer wurde ebenso zu spät begonnen wie

Arbeitsleben hatten. Bei der Integration
von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
und der Fachkräftezuwanderung sind die
Fortschritte deutlich.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen
als Leuchttürme der Entwicklung unseres
Landes wurde nachhaltig erhöht, unter an-
derem zur Schaffung neuer und zur Entfris-
tung bestehender Stellen. Mit dem neuen
Hochschulgesetz werden die Bedingungen
für gute Arbeit weiter verbessert, die Hoch-
schuldemokratie gestärkt und die Möglich-
keiten für Ausgründungen und Zusammen-
arbeit mit Unternehmen ausgebaut. Die
Wirtschaftsförderung wurde schwerpunkt-
mäßig auf die Stärkung von mittelstän-
dischen Unternehmen und Handwerksbe-
trieben ausgerichtet. Gleichzeitig wurden
große neue Ansiedlungsvorhaben in der In-
dustrie auf den Weg gebracht.

Wir haben mit dem Landesprogramm für
Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit den
Menschen den Rücken gestärkt, die sich
engagieren für ein friedliches Zusammen-
leben, für eine selbstwusste Demokratie,
gegen Rassismus, Antisemitismus und
Rechtsextremismus. Nach dem Anschlag
von Halle ist das wichtiger denn je, ebenso
wie der Einsatz der Sicherheitsbehörden
gegen rechtsextremistische Terroristen
und Straftäter.

Was noch nicht geschafft ist:

An den Schulen unseres Landes gibt es im-
mer noch keine umfassende Unterrichts-
versorgung. Im Gegenteil: Die Situation hat
sich weiter verschlechtert. Mit der Einstel-
lung neu ausgebildeter Lehrerinnen und
Lehrer wurde ebenso zu spät begonnen wie

111 mit der Gewinnung von Seiten- und Quer-
112 einsteigerinnen und -einsteigern.

113 Die flächendeckende Versorgung mit
114 schnellem Internet und Mobilfunk macht
115 in vielen Regionen gute Fortschritte, ist
116 aber noch längst nicht überall erreicht.

117 Das Tariftreue- und Teilhabegesetz, mit
118 dem Land und Kommunen eine Vorreiter-
119 rolle bei der Durchsetzung guter Arbeit und
120 tarifgebundener Löhne übernehmen wür-
121 den, wird von der CDU blockiert.

122 Und für ein Paritätsgesetz zur gleichen Ver-
123 tretung von Frauen und Männern in Parla-
124 menten gibt es noch nicht mal einen Ent-
125 wurf.

126 Insgesamt gilt: Mit dem Koalitionsvertrag
127 von 2016 wurde mit vielen guten Projek-
128 ten eine positive Entwicklung angestoßen.
129 Was in dieser Koalition nicht möglich ist,
130 ist eine langfristig angelegte, übergreifen-
131 de Strategie für zukunftsfähige Strukturen
132 der Daseinsvorsorge in allen Regionen un-
133 seres Landes, von der Gesundheitsversor-
134 gung bis zum ÖPNV.

135

136 **Was wir jetzt durchsetzen müssen:**

137 Im Landeshaushalt 2020/21 müssen für die
138 verbleibende Zeit der Legislaturperiode die
139 sozialdemokratischen Vorhaben in den Be-
140 reichen Arbeit, Soziales und Integration so-
141 wie Wirtschaft, Wissenschaft und Digitali-
142 sierung abgesichert werden. Dasselbe gilt
143 für das im Koalitionsvertrag vereinbarte
144 Azubi-Ticket und für die Abschaffung der
145 Straßenausbaubeiträge.

146 Wir unterstützen alle Anstrengungen,
147 mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.
148 Bürokratische Blockaden im Verfahren
149 müssen abgebaut werden. Damit das

mit der Gewinnung von Seiten- und Quer-
einsteigerinnen und -einsteigern.

Die flächendeckende Versorgung mit
schnellem Internet und Mobilfunk macht
in vielen Regionen gute Fortschritte, ist
aber noch längst nicht überall erreicht.

Das Tariftreue- und Teilhabegesetz, mit
dem Land und Kommunen eine Vorreiter-
rolle bei der Durchsetzung guter Arbeit und
tarifgebundener Löhne übernehmen wür-
den, wird von der CDU blockiert.

Und für ein Paritätsgesetz zur gleichen Ver-
tretung von Frauen und Männern in Parla-
menten gibt es noch nicht mal einen Ent-
wurf.

Insgesamt gilt: Mit dem Koalitionsvertrag
von 2016 wurde mit vielen guten Projek-
ten eine positive Entwicklung angestoßen.
Was in dieser Koalition nicht möglich ist,
ist eine langfristig angelegte, übergreifen-
de Strategie für zukunftsfähige Strukturen
der Daseinsvorsorge in allen Regionen un-
seres Landes, von der Gesundheitsversor-
gung bis zum ÖPNV.

Was wir jetzt durchsetzen müssen:

Im Landeshaushalt 2020/21 müssen für die
verbleibende Zeit der Legislaturperiode die
sozialdemokratischen Vorhaben in den Be-
reichen Arbeit, Soziales und Integration so-
wie Wirtschaft, Wissenschaft und Digitali-
sierung abgesichert werden. Dasselbe gilt
für das im Koalitionsvertrag vereinbarte
Azubi-Ticket und für die Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge.

Wir unterstützen alle Anstrengungen,
mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.
Bürokratische Blockaden im Verfahren
müssen abgebaut werden. Damit das

150 gelingt, muss das Land auch Seiten- und
151 Quereinsteigerinnen und -einsteiger ge-
152 winnen und dafür sorgen, dass ihr Einstieg
153 gelingt. Gleichzeitig steht die SPD dafür, die
154 Vielfalt der Bildungslandschaft in Sachsen-
155 Anhalt zu erhalten. Schulschließungen aus
156 Lehrermangel darf es nicht geben! Das
157 Erfolgsmodell der Gemeinschaftsschule
158 muss weiter ausgebaut und gestärkt
159 werden, einschließlich des Aufbaus von
160 Abiturstufen.

161 Das Tariftreue- und Vergabegesetz muss
162 kommen. Sachsen-Anhalt muss weg von
163 Billiglöhnen, Niedrigrenten und Abwande-
164 rung!

165 Beim Ausbau des Mobilfunks im Land müs-
166 sen die weißen Flecken schnell verschwin-
167 den. Die jüngsten Zusagen der Mobilfunk-
168 betreiber und die neue Mobilfunkstrategie
169 des Bundes bieten die Gelegenheit, beide
170 verstärkt in die Pflicht zu nehmen.

171 Die Krankenhauslandschaft Sachsen-
172 Anhalts muss erhalten, qualitativ gestärkt
173 und wirtschaftlich stabil gehalten werden.
174 Kommunale Krankenhäuser müssen in
175 öffentlicher Hand bleiben.

176

177 **Wo wir hin wollen:**

178 Wir werden in den nächsten Monaten ein
179 Wahlprogramm mit klarer sozialdemokra-
180 tischer Grundhaltung und mit konkreten
181 Handlungsperspektiven für fortschrittliche
182 Politik in Sachsen-Anhalt erarbeiten. Da-
183 für suchen wir das direkte Gespräch mit
184 Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden,
185 Gewerkschaften und Vereinen. Demokra-
186 tie braucht Beteiligung – diese Einsicht
187 braucht neue Wege, die wir gemeinsam auf
188 allen Ebenen der Partei suchen und gehen

gelingt, muss das Land auch Seiten- und
Quereinsteigerinnen und -einsteiger ge-
winnen und dafür sorgen, dass ihr Einstieg
gelingt. Gleichzeitig steht die SPD dafür, die
Vielfalt der Bildungslandschaft in Sachsen-
Anhalt zu erhalten. Schulschließungen aus
Lehrermangel darf es nicht geben! Das
Erfolgsmodell der Gemeinschaftsschule
muss weiter ausgebaut und gestärkt
werden, einschließlich des Aufbaus von
Abiturstufen.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz muss
kommen. Sachsen-Anhalt muss weg von
Billiglöhnen, Niedrigrenten und Abwande-
rung!

Beim Ausbau des Mobilfunks im Land müs-
sen die weißen Flecken schnell verschwin-
den. Die jüngsten Zusagen der Mobilfunk-
betreiber und die neue Mobilfunkstrategie
des Bundes bieten die Gelegenheit, beide
verstärkt in die Pflicht zu nehmen.

Die Krankenhauslandschaft Sachsen-
Anhalts muss erhalten, qualitativ gestärkt
und wirtschaftlich stabil gehalten werden.
Kommunale Krankenhäuser müssen in
öffentlicher Hand bleiben.

Wo wir hin wollen:

Wir werden in den nächsten Monaten ein
Wahlprogramm mit klarer sozialdemokra-
tischer Grundhaltung und mit konkreten
Handlungsperspektiven für fortschrittliche
Politik in Sachsen-Anhalt erarbeiten. Da-
für suchen wir das direkte Gespräch mit
Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden,
Gewerkschaften und Vereinen. Demokra-
tie braucht Beteiligung – diese Einsicht
braucht neue Wege, die wir gemeinsam auf
allen Ebenen der Partei suchen und gehen

189 müssen.

- 190 • Wir wollen, dass 30 Jahre nach der
191 Wiedervereinigung die Angleichung
192 bei Löhnen, Renten und wirtschaftli-
193 cher Entwicklung vollendet wird.
- 194 • Wir wollen ein Land der Zukunfts-
195 branchen, der innovativen Verfahren
196 und Produkte und der modernen In-
197 frastruktur werden, ein Land, das jun-
198 ge Menschen hält und anzieht, ein
199 Land, in dem Zukunft geschmiedet
200 wird. Wir wollen ein Land, das auf
201 Wachstum statt Schrumpfung, auf
202 Zuzug statt Weggang und auf Zu-
203 wanderung statt Ausgrenzung setzt.
- 204 • Wir wollen in Stadt und Land in
205 Sachsen-Anhalt gleichwertige Le-
206 bensbedingungen durchsetzen.
207 Dafür muss Politik für den ländlichen
208 Raum aus der Perspektive des länd-
209 lichen Raums entwickelt werden.
210 Ländliche Räume sind Regionen mit
211 eigenen Potentialen und eigener
212 Lebensqualität. Wir brauchen die
213 großen Städte als urbane Zentren
214 und überregionale Anziehungsp-
215 punkte und wollen ihre positive
216 Entwicklung der letzten Jahre weiter
217 unterstützen. Wir wollen Lebensqua-
218 lität und Zukunftsperspektiven in
219 allen Regionen des Landes sichern.
220 Dazu gehört auch eine Stärkung der
221 kommunalen Selbstverwaltung und
222 ihrer finanziellen Spielräume.
- 223 • Wir wollen ein Bildungssystem, in
224 dem längeres gemeinsames Lernen
225 wieder die Regel wird. Dafür wollen
226 wir die Gemeinschaftsschule stärken
227 und ausbauen.

müssen.

- Wir wollen, dass 30 Jahre nach der
Wiedervereinigung die Angleichung
bei Löhnen, Renten und wirtschaftli-
cher Entwicklung vollendet wird.
- Wir wollen ein Land der Zukunfts-
branchen, der innovativen Verfahren
und Produkte und der modernen In-
frastruktur werden, ein Land, das jun-
ge Menschen hält und anzieht, ein
Land, in dem Zukunft geschmiedet
wird. Wir wollen ein Land, das auf
Wachstum statt Schrumpfung, auf
Zuzug statt Weggang und auf Zu-
wanderung statt Ausgrenzung setzt.
- Wir wollen in Stadt und Land in
Sachsen-Anhalt gleichwertige Le-
bensbedingungen durchsetzen.
Dafür muss Politik für den ländlichen
Raum aus der Perspektive des länd-
lichen Raums entwickelt werden.
Ländliche Räume sind Regionen mit
eigenen Potentialen und eigener
Lebensqualität. Wir brauchen die
großen Städte als urbane Zentren
und überregionale Anziehungsp-
unkte und wollen ihre positive
Entwicklung der letzten Jahre weiter
unterstützen. Wir wollen Lebensqua-
lität und Zukunftsperspektiven in
allen Regionen des Landes sichern.
Dazu gehört auch eine Stärkung der
kommunalen Selbstverwaltung und
ihrer finanziellen Spielräume.
- Wir wollen ein Bildungssystem, in
dem längeres gemeinsames Lernen
wieder die Regel wird. Dafür wollen
wir die Gemeinschaftsschule stärken
und ausbauen.

228 • Wir wollen in allen Bereichen die Vor-
 229 aussetzungen dafür schaffen, dass In-
 230 klusion möglich wird.

231 • Wir nehmen die Herausforderung an,
 232 den Klimawandel zu bewältigen. Wir
 233 brauchen die Klimawende, um den
 234 Generationen unserer Kinder, Enkel
 235 und Urenkel einen bewohnbaren Pla-
 236 neten zu hinterlassen. Für uns als
 237 SPD gilt dabei der Grundsatz: Klima-
 238 schutz darf nicht zur sozialen Fra-
 239 ge werden. Energiewende, Verkehrs-
 240 wende und Wohnwende können nur
 241 gelingen, wenn alle Teile der Gesell-
 242 schaft an der Entwicklung teilhaben.

243 • Wir wollen eine Gesellschaft ohne
 244 Hass und Gewalt. Dazu muss der Ein-
 245 fluss von Rechtsextremisten in den
 246 Parlamenten und im Alltag zurückge-
 247 drängt werden. Unser Ziel ist es, dass
 248 in einem neu gewählten Landtag mit
 249 großen demokratischen Mehrheiten
 250 wieder Koalitionsbildungen nach
 251 politischen Übereinstimmungen
 252 möglich werden anstatt erzwunge-
 253 ner Bündnisse.

254 2021 wird Sachsen-Anhalt vor der Rich-
 255 tungsentscheidung stehen, ob Anstand
 256 und Vernunft Leitlinien der Regierungs-
 257 politik sein sollen oder ob das erste
 258 CDU/AfD-Regierungsprojekt installiert
 259 wird. Wir werden die Zeit bis zur Landtags-
 260 wahl nutzen, um allen Bürgerinnen und
 261 Bürgern diese Entscheidungsalternativen
 262 deutlich zu machen.

263

264 **Begründung**

265 Der Landesparteitag im Januar 2020 ist für
 266 die SPD Sachsen-Anhalt der Auftakt zur

• Wir wollen in allen Bereichen die Vor-
 aussetzungen dafür schaffen, dass In-
 klusion möglich wird.

• Wir nehmen die Herausforderung an,
 den Klimawandel zu bewältigen. Wir
 brauchen die Klimawende, um den
 Generationen unserer Kinder, Enkel
 und Urenkel einen bewohnbaren Pla-
 neten zu hinterlassen. Für uns als
 SPD gilt dabei der Grundsatz: Klima-
 schutz darf nicht zur sozialen Fra-
 ge werden. Energiewende, Verkehrs-
 wende und Wohnwende können nur
 gelingen, wenn alle Teile der Gesell-
 schaft an der Entwicklung teilhaben.

• Wir wollen eine Gesellschaft ohne
 Hass und Gewalt. Dazu muss der Ein-
 fluss von Rechtsextremisten in den
 Parlamenten und im Alltag zurückge-
 drängt werden. Unser Ziel ist es, dass
 in einem neu gewählten Landtag mit
 großen demokratischen Mehrheiten
 wieder Koalitionsbildungen nach po-
 litischen Übereinstimmungen mög-
 lich werden. **Wir streben perspekti-
 visch eine progressive Mehrheit** an-
 statt erzwungener Bündnisse an.

2021 wird Sachsen-Anhalt vor der Rich-
 tungsentscheidung stehen, ob Anstand
 und Vernunft Leitlinien der Regierungs-
 politik sein sollen oder ob das erste
 CDU/AfD-Regierungsprojekt installiert
 wird. Wir werden die Zeit bis zur Landtags-
 wahl nutzen, um allen Bürgerinnen und
 Bürgern diese Entscheidungsalternativen
 deutlich zu machen.

267 Vorbereitung auf die Landtagswahl 2021.
 268 Bis zum Oktober 2020 soll ein Wahlpro-
 269 gramm entstehen, das unsere Ziele für die
 270 nächste Wahlperiode bestimmt. Mit dem
 271 Leitantrag zur Landespolitik greifen wir die-
 272 sem Programm nicht vor, aber wir machen
 273 schon jetzt deutlich: Unser Anspruch an
 274 Gestaltung von Politik geht deutlich über
 275 das hinaus, was in der gegenwärtigen Ko-
 276 alition möglich ist. Unser Land kann mehr,
 277 und die SPD will mehr: mehr Gerechtigkeit,
 278 mehr Zukunftschancen, mehr Möglichkei-
 279 ten für die Menschen in unserem Land.

1 **Änderungsantrag ÄL1-1**

2 **AsJ Sachsen-Anhalt**

3

4

5 Die AsJ beantragt, den Entwurf unter
 6 der Überschrift „Was noch nicht geschafft
 7 ist:“ vor dem letzten Absatz mit einem
 8 neuen Absatz wie folgt zu ergänzen:

9 „Das Ziel einer modernen, funktionsfähi-
 10 gen, personell und sächlich gut ausgestat-
 11 teten Justiz ist noch nicht erreicht. Wir be-
 12 nötigen dringend eine aktive Einstellungs-
 13 politik einschließlich attraktiver Beschäf-
 14 tigungsbedingungen. Die Investitionen in
 15 die infrastrukturellen Maßnahmen, insbe-
 16 sondere der Digitalisierung, müssen erheb-
 17 lich intensiviert werden.

18

19 **Begründung**

20 Die Justiz ist neben der Gesetzgebung die
 21 dritte Gewalt im Staat. Ihre Funktionsfähig-
 22 keit ist eine besondere öffentliche Aufga-
 23 be. Der Justizgewährleistungsanspruch der
 24 Bürgerinnen und Bürger darf nicht verletzt
 25 werden. Deshalb müssen die drängendsten
 26 Probleme in den Gerichten, Staatsanwalt-

Annahme in geänderter Fassung

Die AsJ beantragt, den Entwurf unter der
 Überschrift „Was noch nicht geschafft ist:“
 vor dem letzten Absatz mit einem neuen
 Absatz wie folgt zu ergänzen: „Das Ziel ei-
 ner modernen, funktionsfähigen, personell
 und sächlich gut ausgestatteten **Polizei**
und Justiz ist noch nicht erreicht. Wir be-
 nötigen dringend eine aktive Einstellungs-
 politik einschließlich attraktiver Beschäf-
 tigungsbedingungen. Die ~~Investitionen~~
~~in die infrastrukturellen Maßnahmen,~~
~~insbesondere der Digitalisierung,~~ müssen
 erheblich intensiviert werden.“

27 schaften und Justizvollzug, die sich insbe-
28 sondere aus der Infrastruktur, dem erhebli-
29 chen Rückstand bei der Digitalisierung und
30 der schlechten Altersstruktur ergeben, un-
31 bedingt wieder in den Fokus einer aktiven
32 Rechts- und Justizpolitik genommen wer-
33 den. Dem muss sich auch die SPD stellen.

1 **Änderungsantrag ÄL1-4**
2 **ASG Sachsen-Anhalt**
3
4
5 Streiche Zeile 171 “Die Krankenhausland-
6 schaft Sachsen-Anhalts muss erhalten,
7 qualitativ gestärkt und wirtschaftlich
8 stabil gehalten werden. Kommunale Kran-
9 kenhäuser müssen in öffentlicher Hand
10 bleiben.” und ersetze durch “Der Erhalt
11 einer hochwertigen Gesundheitsversor-
12 gung hat für uns oberste Priorität. Die
13 Krankenhauslandschaft muss qualitativ
14 gestärkt und wirtschaftlich stabil gehalten
15 werden und in ein aufzubauendes Netz
16 regionaler Gesundheitszentren integriert
17 werden. Dazu wird die Umsetzung auch
18 innovativer Modelle unterstützt und geför-
19 dert. Die rasante Ökonomisierung und die
20 Orientierung auf Rendite in Gesundheit
21 und Pflege muss zurückgedrängt werden.”

1 **Änderungsantrag ÄL1-3**
2 **AG Migration und Vielfalt**
3
4
5 Füge in Zeile 244 nach “[...] ohne Hass
6 und Gewalt.” den Satz ein:
7 Wir bekennen uns uneingeschränkt zu ei-
8 nem vielfältigen Land, das die freie Aus-
9 übung von Religion, Kultur und diversen
10 Lebensweisen ermöglicht. Wir setzen uns
11 ein für eine solidarische Gesellschaft, in die
12 sich Menschen unabhängig von ihrer Her-
13 kunft, ihrem Aussehen oder ihrem ökonomischen
14 Status einbringen können.

Annahme

1 **Änderungsantrag ÄL1-5**
2 **Stadtverband Halle**
3
4
5 Änderungsantrag zur Version Empfehlung
6 der Antragskommission.
7 Streiche in Zeile 252/253 das Wort “perspek-
8 tivisch”

1 **Änderungsantrag ÄL1-2**
2 **Ortsverein Zeitz**
3
4
5 Der Ortsverein Zeitz beantragt die Strei-
6 chung der Zeilen 254 - 262.
7
8 **Begründung**
9 Der OV Zeitz spricht sich gegen diese For-
10 mulierung aus. Es handelt sich hier unse-

Ablehnung

11 res Erachtens um eine Unterstellung, die
12 den offiziellen Beschlüssen der CDU nicht
13 entspricht. Zudem erinnert diese Art Po-
14 lemik an die „Rote-Socken-Kampagne“ der
15 CDU aus den 90ern. Das haben wir als SPD
16 nicht nötig! Grundsätzlich sollten wir uns
17 nicht über Dritte definieren. Wenn wir den
18 Bürgerinnen und Bürgern eine Richtungs-
19 entscheidung klar machen wollen, sind nur
20 Aussagen zu uns selbst zielführend.

O Organisationspolitik

Antrag O1

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag, Parteivorstand

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschluss des a.o. Landesparteitages 2019

Für eine dritte Geschlechteroption in offiziellen SPD-Dokumenten

1 Wir fordern die schnellstmögliche Einfüh-
2 rung einer dritten Geschlechteroption oder
3 den Verzicht auf einen Geschlechtseintrag
4 in allen offiziellen SPD-Dokumenten.

5

6 **Begründung**

7 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts
8 vom November 2017 beweist rechtlich und
9 offiziell, dass eine dichotome Geschlechter-
10 aufteilung nicht mehr dem aktuellen Bild
11 der Gesellschaft entspricht. Bis Ende 2018
12 ist eine Neuregelung durch den Gesetzge-
13 ber geplant, welche vorsieht einen dritten
14 Geschlechtsbegriff neben „männlich“ und
15 „weiblich“ im Geburtenregister zu ermögli-
16 chen oder allgemein auf einen Geschlechts-
17 eintrag zu verzichten.

18 Wir als (queer-)feministischer Verband soll-
19 ten als positives Beispiel vorangehen und
20 die Auswahlmöglichkeit für eine dritte Ge-
21 schlechteroption bzw. den Verzicht auf ei-
22 nen Geschlechtseintrag in allen offiziellen
23 SPD-Dokumenten schnellstmöglich einfor-
24 dern. Somit wird ein wichtiger Beitrag zur
25 Überwindung von starren und veralteten
26 Geschlechterrollen geleistet und die gesell-
27 schaftliche Akzeptanz von intersexuellen
28 Menschen erhöht.

Antrag O2**Jusos Sachsen-Anhalt****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in geänderter Fassung****Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung und demokratischer Widerstand gegen Unterstützer*innen dieser Bewegung und ihre Aktionen**

1 Die SPD Sachsen-Anhalt steht solidarisch
 2 zu Israel und erkennt Israels Recht auf Exis-
 3 tenz und Selbstverteidigung als unverhan-
 4 delbar an. Der seit Jahren grassierende An-
 5 tisemitismus ebbt nicht ab und muss daher
 6 mit mehr Vehemenz bekämpft werden.
 7 Daher fordern wir folgende Punkte einzu-
 8 halten und gegebenenfalls umzusetzen:

- 9 • SPD-Gliederungen und SPD-
 10 Mitglieder beteiligen sich nicht
 11 an der BDS-Kampagne. Alle Formate
 12 (Veranstaltungen, Ausstellungen,
 13 Demonstrationen, usw.), an der
 14 die BDS-Bewegung beteiligt ist,
 15 erfahren unseren demokratischen
 16 Widerstand.
- 17 • Wo die SPD in Bündnissen vertre-
 18 ten ist, setzen wir uns gegen jegli-
 19 che Form der Kooperation mit Verei-
 20 nigungen, die Unterstützer*innen der
 21 BDS-Kampagne sind, ein.
- 22 • Die Schiedskommissionen auf Kreis-
 23 und Landesebene sollen zukünftig
 24 die Teilnahme an BDS-Aktionen
 25 durch SPD-Mitglieder als partei-
 26 schädigendes Verhalten werten und
 27 dementsprechend nachverfolgen.
- 28 • SPD-Mitglieder setzen sich auf allen
 29 Ebenen dafür ein, dass Aktionen der
 30 BDS-Bewegung nicht in öffentlich fi-
 31 nanzierten Räumlichkeiten stattfin-
 32 den und auch nicht über Umwe-

Die BDS-Bewegung verbindet ihre Kritik an der Politik des Staates Israel mit einer Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel. Das ist unverhohlener Antisemitismus.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht solidarisch zu Israel und erkennt Israels Recht auf Existenz und Selbstverteidigung als unverhandelbar an. Der seit Jahren grassierende Antisemitismus ebbt nicht ab und muss daher mit mehr Vehemenz bekämpft werden. Daher fordern wir folgende Punkte einzuhalten und gegebenenfalls umzusetzen:

- SPD-Gliederungen und SPD-Mitglieder beteiligen sich nicht an der BDS-Kampagne. Alle Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Bewegung beteiligt ist, erfahren unseren demokratischen Widerstand.
- Wo die SPD in Bündnissen vertreten ist, setzen wir uns gegen jegliche Form der Kooperation mit Vereinigungen, die Unterstützer*innen der BDS-Kampagne sind, ein.
- Die Schiedskommissionen auf Kreis- und Landesebene sollen zukünftig die Teilnahme an BDS-Aktionen durch SPD-Mitglieder als parteischädigendes Verhalten werten und dementsprechend nachverfolgen.
- SPD-Mitglieder setzen sich auf allen

33 ge durch öffentliche Mittel finanziert
34 werden.

- 35 • Die SPD setzt sich aktiv gegen alle
36 politischen Bestrebungen ein, israeli-
37 sche Produkte gezielt zu kennzeich-
38 nen.

39

40

41

42 **Begründung**

43 BDS steht für Boykott, Desinvestition und
44 Sanktionen. BDS-Aktivist*innen setzen
45 sich dafür ein, dass Politiker, Unternehmer,
46 Künstler, Wissenschaftler oder Sportler
47 Auftritte, Investitionen oder wissenschaft-
48 liche Kooperationen mit Israel einstellen.
49 Dieses Ansinnen widerspricht klar und
50 deutlich dem Selbstverständnis der SPD.

51 Zudem ist auch die Bestrebung der zielge-
52 richteten Kennzeichnung israelischer Pro-
53 dukte im Sinne der BDS-Kampagne und
54 bietet einen Vorwand für antisemitische
55 Aktivist*innen öffentlich zivile israelische
56 Staatsbürger*innen anzugreifen und Pro-
57 dukte aus Israel zu boykottieren.

Ebenen dafür ein, dass Aktionen der
BDS-Bewegung nicht in öffentlich fi-
nanzierten Räumlichkeiten stattfin-
den und auch nicht über Umwe-
ge durch öffentliche Mittel finanziert
werden.

- Die SPD setzt sich aktiv gegen alle
politischen Bestrebungen ein, israeli-
sche Produkte gezielt zu kennzeich-
nen.

Antrag O3

Jusos Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Bundesparteitag

Verbot von Parteispenden aus der Rüstungsindustrie

- 1 Der Bundesparteitag der SPD möge den Be-
- 2 schluss fassen, bundesweit auf Parteispen-
- 3 den aus der Rüstungsindustrie zu verzich-
- 4 ten und auf allen Ebenen der Partei eine An-
- 5 nahme dieser zu verbieten.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

6 **Begründung**

7 Um die Glaubwürdigkeit und das Vertrau-
8 en in die Politik der SPD zu stärken, ist es
9 unumgänglich, eine größtmögliche Distanz
10 zur Rüstungsindustrie zu schaffen, insbe-
11 sondere bei Ortsvereinen, Kreisverbänden
12 und Landesverbänden, in welchen Vertreter
13 dieser Industrie ansässig sind.
14 Eine Partei, die sich ein „Nie wieder Krieg!“
15 auf die Fahnen geschrieben hat, immer
16 wieder die Wichtigkeit von Diplomatie be-
17 tont und stolz auf die Friedenspolitik ihrer
18 Kanzler und ihrer Diplomaten ist, hat eine
19 besondere Vorbildfunktion.
20

Antrag O4

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landesvorstand

Barrierefreie Kommunikation auch parteiintern

1 Der Landesvorstand wird beauftragt, den
2 Parteivorstand und alle übrigen Partei-
3 gremien zur parteiinternen barrierefrei-
4 en Kommunikation, insbesondere auch im
5 Mailverkehr, aufzufordern.

6

7 **Begründung**

8 Im Bundestag, in allen Landtagen
9 und der gesamten Verwaltung for-
10 dern wir in Umsetzung der UN-
11 Behindertenrechtskonvention zu Recht
12 die barrierefreie Kommunikation. Aller-
13 dings sind wir als SPD selbst nicht in der
14 Lage, diese Forderung auf unseren eigenen
15 Kommunikationswegen umzusetzen.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

Weiterleitung an: Parteivorstand

Der Landesvorstand **Parteivorstand** wird
aufgefordert beauftragt, den Parteivor-
stand und alle übrigen Parteigremien zur
parteiinternen barrierefreien Kommunika-
tion, insbesondere auch im Mailverkehr, **zu**
entwickeln. aufzufordern.

16 (siehe Mails zur Information und Abstimmung für den Parteivorsitz – rot/margenta gestreift mit schwarzer Schrift!).

Antrag O5
AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der AG Selbst Aktiv gehören bei Wahlkämpfen in die Wahlkampfteams

1 Die AG Selbst Aktiv fordert den Landesvorstand auf, bei der Zusammenstellung von Wahlkampfteams auf Landesebene jeweils auch Vertreter*innen von Selbst Aktiv einzubeziehen. Die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Art. 29 der UN BRK) sollte für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein.

10

11 **Begründung**

12 Der UN-Fachausschuss hat nach Abschluss der Staatenprüfung Deutschlands seine Besorgnis zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in vielen Bereichen zum Ausdruck gebracht. Der Ausschuss empfiehlt, „alle Gesetze und sonstigen Vorschriften aufzuheben, durch die Menschen mit Behinderungen das Wahlrecht vorenthalten wird“ (Zitat Ende). Schon dies zeigt die Verpflichtung auf, sich aktiv für ein Umfeld einzusetzen, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten mitwirken können.

26 Hierzu gehört auch das Bekenntnis der SPD als Inklusionspartei, die die ak-

28 tuelle Menschenrechtskonvention, die
29 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-
30 BRK) gesellschaftlich in Kooperation mit
31 Menschen mit Behinderungen durchsetzt.
32 Mitglieder der AG Selbst Aktiv können si-
33 cher in Wahlkämpfen dazu beitragen, bei-
34 spielsweise bisherige Nichtwähler (gewollt
35 oder ungewollt) zu aktivieren.

36

37 Darüber hinaus sind Selbstaktive aus ihrer
38 besonderen Situation heraus oft im tägli-
39 chen Leben „kämpferprobt“ und in der La-
40 ge, die entsprechenden Erfahrungen berei-
41 chernd in Wahlkämpfe einzubringen.

Antrag O6

AG Selbst Aktiv Sachsen-Anhalt

Weiterleitung an: Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

Auf Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD hinzuwirken

1 Der Landesvorstand soll darauf hinwirken,
2 dass bei allen Veranstaltungen der SPD, bis
3 in die untersten Gliederungen (Ortsverei-
4 ne etc.) allumfassende Barrierefreiheit ge-
5 währleistet wird.

6

7 Begründung

8 Die SPD hat sich mit PV-Beschluss aus dem
9 Jahr 10/2014 zur Inklusionspartei erklärt
10 und diesen Anspruch auch durch mehrere
11 Parteitagsbeschlüsse unterstrichen.

12 Diese grundsätzliche Aussage muss jetzt
13 auch weiterentwickelt werden und konkret
14 das Miteinander innerhalb der SPD prägen.
15 Wir fordern daher, alle Parteiveranstaltun-
16 gen barrierefrei zu gestalten.

17 Mit einem konsequenten inklusiven Den-
18 ken und Handeln verstärkt die SPD ihr Fun-
19 dament als Volkspartei für alle Bevölke-
20 rungsgruppen. Sie unterstreicht so, dass In-
21 klusion, Partizipation und Empowerment
22 keine leeren Worthülsen sind, sondern in-
23 nerhalb der SPD gelebt und weiterentwi-
24 ckelt werden und so Element eines ganz-
25 heitlichen Gesellschaftsentwurfs sind.

Antrag O7

Kreisverband Stendal

Signal statt WhatsApp

1 Der Landesparteitag möge beschließen, für
2 die Kommunikation in der SPD Sachsen-
3 Anhalt statt WhatsApp einen alternativen
4 Messenger wie z.B. Signal zu benutzen.

5

Begründung

7 Von vielen Nutzern hört man das Argu-
8 ment: „alle meine Freunde sind bei Whats-
9 App“. Reicht das als Grund?

10 Nein! Datenschutzgründe und verletzte
11 Persönlichkeitsrechte sprechen gegen
12 WhatsApp. Installiere z.B. zusätzlich Signal
13 auf deinem Handy und wirb bei deinen
14 Freunden dafür.

15 Anwender von WhatsApp stimmen beim
16 Einrichten einer Klausel zu, die es dem An-
17 bieter erlaubt auf sämtliche Kontakte zuzu-
18 greifen, dafür fehlt ihm aber im Allgemei-
19 nen die Zustimmung dieser Personen.

20 Aus vielen Veröffentlichungen kann man
21 entnehmen, dass WhatsApp nicht nur Da-
22 ten seiner Nutzer, sondern auch von ande-

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landesvorstand

23 ren, die nicht WhatsApp/Facebook Nutzer
24 sind, aus den Kontakten hochlädt.
25 Damit werden massiv Persönlichkeitsrech-
26 te verletzt.
27 Insbesondere im nicht ausschließlich priva-
28 ten Bereich ist dieses rechtlich bedenklich
29 und viele Firmen haben WhatsApp in ihren
30 Unternehmen bereits unterbunden.
31 WhatsApp und Instagram gehören zu Face-
32 book.
33 In den Fragen, was Facebook weiter mit
34 den gesammelten Daten anstellt und nach
35 welchen Algorithmen Auswertungen und
36 Empfehlungen erfolgen, zeigt sich das Un-
37 ternehmen sehr bedeckt. Es ist nicht auszu-
38 schließen, dass Facebook alle ihm zugäng-
39 lichen Daten untereinander abgleicht und
40 z.B. riesige Datenbanken mit biometrischen
41 Daten für die Gesichtserkennung erstellt,
42 den Bekanntenkreis aller erfassten Perso-
43 nen analysiert und daraus Schlüsse zieht
44 und vielleicht vieles mehr.
45 Das geschieht alles ohne Einwilligung, ja
46 ohne Kenntnis der betroffenen Personen.
47 Man muss sich auch die Frage stellen, was
48 Facebook mit den massenhaft gesammel-
49 ten Daten macht.
50 In der SPD sollte die Digitalisierung mit ih-
51 ren Auswirkungen auf die Gesellschaft end-
52 lich thematisiert werden.

Antrag O8
Ortsverein Magdeburg-Nord**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Europa als ein Schwerpunkt des Landesvorstandes**

1 Der neue Landesvorstand wird gebeten,
2 sich dafür einzusetzen, dass die Themen
3 „Europa“ und „Stärkung des europäischen
4 Zusammenhalts“ zu einem Schwerpunkt-
5 thema sozialdemokratischer Landespolitik
6 werden. Dieses soll dazu beitragen, in der
7 Öffentlichkeit die Werte der Europäischen
8 Union in den Mittelpunkt zu stellen und
9 sich für ein wirtschaftlich starkes, zugleich
10 aber auch sozial gerechtes und multikultu-
11 relles Europa einzusetzen. Zugleich soll die
12 Erarbeitung einer europapolitischen Stra-
13 tegie des SPD-Landesverbandes Sachsen-
14 Anhalt geprüft werden.

15

Begründung

16 Bei der Europawahl im Mai 2019 muss-
17 ten die Sozialdemokratinnen und Sozialde-
18 mokraten erhebliche Stimmenverluste ver-
19 zeichnen, was europa- und deutschland-
20 weit zu einer starken Reduzierung der Zahl
21 sozialdemokratischer Abgeordneter führte.
22 Bedauerlicherweise hat Sachsen-Anhalt in
23 der derzeitigen Legislaturperiode des Eu-
24 ropäischen Parlaments keinen sozialdemo-
25 kratischen Abgeordneten in Brüssel und
26 Straßburg. Sachsen-Anhalt braucht jedoch
27 Europa wie auch Europa als Europa der Re-
28 gionen Sachsen-Anhalt braucht. Viele Poli-
29 tikinhalte sind heute ohne Europa undenk-
30 bar. Die Europapolitik in Sachsen-Anhalt
31 muss des-halb (wieder) ein sozialdemokra-
32 tisches Gesicht bekommen, für deren Inhal-
33 te auch eine sozi-aldemokratische Europa-

35 strategie hilfreich sein könnte.

S Satzungsänderung

Antrag S1

Jusos Sachsen-Anhalt

Reform der Antragskommission

- 1 Die Antragskommission auf dem SPD-
- 2 Landesparteitag soll zukünftig noch
- 3 demokratischer legitimiert werden. Dazu
- 4 sollen folgende Punkte in der Satzung
- 5 geändert werden:
- 6 1. Die Antragskommission ist nicht
- 7 berechtigt inhaltliche Empfehlungen
- 8 abzugeben.
- 9 2. Nach der Wahl der Delegierten für
- 10 den Landesparteitag wird das Mit-
- 11 glied für die Antragskommission
- 12 durch den Stadt-/Kreisparteitag bzw.
- 13 die Mitgliederversammlung des
- 14 jeweiligen Verbandes gewählt.
- 15 3. Der SPD-Landesvorstand darf zukünf-
- 16 tig nur noch ein Mitglied für die An-
- 17 tragskommission benennen.

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landesvorstand

Antrag S2

Landesvorstand

Antragsrecht für Landesfachausschüsse

- 1 Ergänze in der Satzung des Landesverban-
- 2 des:
- 3 §4 Landesparteitag Abs. (8) „, Fachauss-
- 4 schüsse und Arbeitskreise“ hinter „Arbeits-
- 5 gemeinschaften“
- 6
- 7 **Begründung**

Empfehlung der Antragskommission

Annahme

8 Die neue Formulierung: „(8) Antragsbe-
9 rechtigt zum Landesparteitag sind die Orts-
10 vereine, die Kreisverbände, der Landesvor-
11 stand sowie die Arbeitsgemeinschaften,
12 Fachausschüsse und Arbeitskreise auf Lan-
13 desebene.“ ist eine Umsetzung von § 10
14 Arbeitsgemeinschaften, Themenforen, Ar-
15 beitskreise und Projektgruppen des Organi-
16 sationsstatut der SPD auf Landesebene.

17 §10 des Org Statut besagt:

18 „Von den Vorständen der Partei können Ar-
19 beitskreise, Projektgruppen und Themen-
20 foren, in denen auch Nichtmitglieder mit-
21 arbeiten können, eingerichtet werden. Ar-
22 beitskreisen und Themenforen steht das
23 Antrags- und Rederecht für den Parteitag
24 auf der jeweiligen Ebene zu. Die Tätigkeit
25 der Themenforen und Arbeitskreise erfolgt
26 nach vom Parteivorstand hierfür beschlos-
27 senen Grundsätzen.“